

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Melffers Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 18

Hamburg, den 30. April 1920.

5. Jahrg.

Inhalt:

Der gegenwärtige Stand der deutschen Handelsbilanz	Seite 265
Zur Mexikopolitik der Vereinigten Staaten	" 267
Länder-Berichte:	
Deutschland	" 271
England	" 272
Holland	" 273

Weltwirtschaftliche Übersichten:

Geld und Kapital	Seite 274
Schifffahrt und Schiffbau	" 276
Rohstoffe und Warenmärkte	" 278
Neueingänge	" 279

Der gegenwärtige Stand der deutschen Handelsbilanz

Nach mehr als vierjähriger Unterbrechung hat Deutschland wieder angefangen Außenhandel zu treiben. Zuerst nur in verhältnismäßig geringem Umfange bot sich der zerrütteten deutschen Wirtschaft hierzu Gelegenheit. Die fast vollständige Lähmung des Warenaustausches mit dem Auslande wirkte im Verein mit den wirtschaftlichen Folgen der Revolution und des Friedensvertrages auch 1919 noch nach. Eine Untersuchung der Ergebnisse des deutschen Außenhandels seit Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen ist in befriedigendem Ausmaße nicht durchführbar. Sie muß bei den gegebenen Verhältnissen ziemlich negativ ausfallen, und zwar weil in Deutschland seit Beginn des Krieges keine Außenhandelsstatistik mehr veröffentlicht worden ist. Während der Kriegsjahre verbot sich dies natürlich aus den verschiedensten Gründen, deren triftigster war, daß es geboten erschien, dem feindlichen Ausland nicht durch zahlenmäßige Angaben Vorschub zu leisten. Dieses Prinzip wurde von den meisten am Kriege beteiligten Staaten in mehr oder minder größerem Maßstabe verfolgt.

Um so bedauerlicher ist aber das Fehlen authentischen, amtlichen Materials über den Außenhandel in der gegenwärtigen Zeit. Es soll nicht verkannt werden, daß eine Zusammenstellung und Wertberechnung der Ergebnisse hätte auf große Schwierigkeiten stoßen muß. Die zum Teil noch ungelösten Grenzprobleme, die durch die Besetzung des linken Rheinufers in Unordnung geratene Zollgrenze im Westen machen eine restlose Erfassung der ein- und ausgeführten Waren sehr schwierig, ganz abgesehen von den großen Ungenauigkeiten, die sich wegen des ausgedehnten Schleichhandels durch das „Loch im Westen“ bei einer noch so sorgfältig ausgearbeiteten Statistik einschleichen müßten. Trotzdem wäre die Veröffentlichung von Zahlen über den deutschen Außenhandel sehr wünschenswert und in den wirklichen Verhältnissen leidlich entsprechendem Maße auch möglich.

Von Staaten, die sich in ähnlicher Lage befinden wie Deutschland hat die Tschecho-Slowakei bereits seit Beginn 1919 die Zahlen ihres Außenhandels veröffentlicht, wäh-

rend Deutsch-Österreich seit Juni eine regelmäßige Ein- und Ausfuhrstatistik führt, deren Ergebnisse bis Ende 1919 veröffentlicht wurden. Vorerst erschienen allerdings nur Angaben in Meterzentnern, während Wertziffern — die heutzutage das primärste Interesse beanspruchen — noch nicht festgestellt werden konnten, aber später ebenfalls veröffentlicht werden sollen. Für die besonders betroffenen Wirtschafts- und Handelskreise ist Gewißheit über die Außenhandelsverhältnisse ebenso wichtig wie für die gesamte Volkswirtschaft. Wenn die Passivität der deutschen Handelsbilanz tatsächlich so groß ist wie man im allgemeinen anzunehmen gewillt ist, so ist Voraussetzung für Abhilfe die genaue Information aller maßgebenden Kreise über die wirklichen Verhältnisse.

Im Folgenden soll der Versuch gemacht werden, trotz der fehlenden Zahlenunterlagen aus einer deutschen Statistik, die gegenwärtige Struktur des Außenhandels Deutschlands einer näheren Erörterung zu unterziehen. Ein Mittel hierzu geben die Handelsbilanzen des Auslandes an die Hand, soweit sie für 1919 bereits veröffentlicht und nach Ländern gegliedert sind. Es bedarf keiner ausdrücklichen Betonung, daß dieses Verfahren auch nicht entfernt auf Vollständigkeit Anspruch erheben kann. Einmal, weil nicht von allen Ländern Statistiken vorliegen, in denen der Warenaustausch mit den einzelnen Nationen angegeben ist und zweitens deshalb, weil die genaue Umrechnung der — Wertziffern in Landeswährung darstellenden — Positionen bei der schwankenden Valuta nicht möglich ist. Trotzdem läßt sich einiges Positive insofern gewinnen, als man Einblick in die Gegenseitigkeitsverhältnisse von Ein- und Ausfuhr nehmen kann.

Von Grenzländern Deutschlands liegt Material aus Frankreich, der Schweiz, der Tschecho-Slowakei, Holland und Belgien vor. Frankreich führte im Jahre 1919 nach Deutschland Waren im Werte von 1 283 968 000 fr aus. Mehr als $\frac{1}{4}$ (973 218 000 fr) entfallen hiervon auf die Einfuhr durch das

Rheingebiet. Im einzelnen zerfällt der Gesamtbetrag in Baumwollgewebe (329 182 000 fr), Wäsche und konfektionierte Kleidungsstücke (126 819 000 fr), Seidengewebe (89 156 000 fr), Erze (87 030 000 fr), Wollgewebe (68 502 000 fr), präparierte Felle (55 213 000 fr), Baumwolle (34 295 000 fr), Liköre (25 164 000 fr), Weine (24 467 000 fr) und Schokolade (16 749 000 fr). Die Einfuhr aus Deutschland bezifferte sich demgegenüber auf 590 696 000 fr. Der Hauptanteil entfällt auf Kohle (407 446 000 fr). Die ungesunden Verhältnisse in der deutsch-französischen Handelsbilanz zuungunsten Deutschlands werden besonders dadurch charakterisiert, daß der überwiegende Teil der deutschen Einfuhr (soweit hier angeführt, schon 680 048 000 fr oder 53 %) aus Frankreich auf Halb- und Fertigfabrikate, Luxusartikel und Genußmittel entfällt, während Deutschlands Export sich in der Hauptsache auf Rohstoffe beschränkte. Mit dem Anteil der Waren, die über das besetzte Gebiet gingen, erbringt die französische Statistik den schlagendsten Beweis für die dringende Notwendigkeit einer Schließung des „Loches im Westen“, der sich die Ententestaaten solange widersetzt haben. In der sonst so überaus schlechten französischen Handelsbilanz ist Deutschland neben Belgien das einzige Land, für das sich ein nennenswerter Ausfuhrüberschuß für Frankreich ergibt.

Die bisher bekannt gewordenen Ziffern der deutschen Ausfuhr nach der Schweiz (Zahlenangaben über die Einfuhr Deutschlands fehlen) ergeben ein nicht ungünstiges Bild, wenn man, wie es leider bei Veröffentlichungen der Schweiz bisher geschehen ist, Mengenzahlen zugrunde legt. Die Verhältnisse würden sich sicherlich zuungunsten Deutschlands verschieben, wenn Wertziffern vorlägen, da die Schweiz an Deutschlands Ausverkauf hervorragenden Anteil hat und die Ankäufe deutscher Waren zu sehr niedrigen Preisen erfolgten. Im letzten vollen Friedensjahr 1913 bezifferte sich die Ausfuhr Deutschlands nach der Schweiz auf 536 Mill. M. Während des Krieges vollzog sich ein vollständiger Wandel. 1917 wurde die Handelsbilanz für die Schweiz vorübergehend aktiv, wies für 1918 dagegen wieder einen Einfuhrüberschuß auf. Veranlassung gab hierzu die Struktur der schweizerischen Industrie, die besonders auf Herstellung von Luxusartikeln basiert, deren Einfuhr von Deutschland beschränkt oder ganz verhindert wurde. Auf der anderen Seite versuchte Deutschland seine Ausfuhr, die besonders in Rohstoffen, Kohle, Eisen und Stahl besteht, zur Beschaffung von Lebensmitteln aufrecht zu erhalten. In der Schweiz kalkuliert man, daß die Handelsbilanz mit Deutschland im Jahre 1919 gegen das Vorjahr keine durchgreifenden Änderungen aufweisen wird. In den ersten drei Vierteljahren wurden aus Deutschland ausgeführt: 22 738 dz Holzwaren (interessant ist hierbei die Steigerung von Quartal zu Quartal: 1407 dz, 4622 dz und 16 709 dz); darunter 3797 dz Möbel. Im Vergleich zu der gleichen Zeit des Jahres 1913 ergibt sich im ganzen eine erhebliche Steigerung um etwa 100 % dieses Exportes, während die Möbelausfuhr sich noch unter dem Durchschnitt von 1913 (Durchschnitt pro Vierteljahr 3873 dz) bewegte. Weiter befanden sich in der deutschen Ausfuhr nach der Schweiz (in dz):

	1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	Durchschn. 1913
Unbedruckt. Papier usw.	969	15 650	21 773	23 511
Eisenbahnmaterial	22 854	41 076	40 799	124 024
Automobile	1 598	2 895	10 041	534
Fahrräder	6 982	6 985	32 507	851
Werkzeugmaschinen	—	—	17 170	8 208

Bei der letzten Position dieser Aufstellung handelt es sich zumeist um Wiederausfuhr der Schweiz nach Frankreich (11 267 dz im dritten Quartal 1919 gegen 683 dz im Durchschnitt für 1913).

Die Handelsbilanz der Tschecho-Slowakei ist bisher nur für das 1. Halbjahr 1919 veröffentlicht worden. Deutsch-

land steht in der Ausfuhr, vom Standpunkt der Tschecho-Slowakei aus, an 2. Stelle nach Deutsch-Österreich, in der Einfuhr an 5. Stelle. Tschecho-Slowakien exportierte nach Deutschland Waren im Werte von 171 Mill. tschechosl. K und importierte aus Deutschland für 144,1 Mill. K. Die Passivität für Deutschland berechnet sich somit auf 26,9 Mill. K. Deutschland teilt dieses Schicksal mit den übrigen Ländern minderwertiger Valuta (Deutsch-Österreich, Polen und Ungarn) während die tschecho-slowakische Handelsbilanz mit den Ländern günstiger Valuta stark passiv ist.

Ebenfalls nur für das erste Halbjahr liegen Zahlen aus Holland vor, und zwar sind nur die Importe aus Deutschland angegeben. Deutschland steht mit 110 182 673 fl. nach den Vereinigten Staaten und England an dritter Stelle. Da die holländische Handelsbilanz stark passiv ist (im 1. Halbjahr 1919 steht einer Einfuhr von 802 339 229 fl. eine Ausfuhr von nur 269 274 438 fl. gegenüber), dürfte die Lage für Deutschland nicht ungünstig sein. Im einzelnen kamen aus Deutschland: Steinkohlen für 14 046 597 fl., Schmiedelech- und Bandeisern für 34 918 110 fl., Fabrik- und Landbauwerkzeuge für 19 768 670 fl., Holz für Schiffbau- und Zimmermannsbetrieb für 13 564 237 fl. Aus Belgien liegen in bezug auf Deutschland nur Zahlenangaben für die ersten elf Monate 1919 vor, und zwar wird nur der Export nach Deutschland angegeben. Er figurierte nach Frankreich, Holland, Großbritannien und Italien mit 3 304 000 t an 5. Stelle.

Die Ergebnisse des deutsch-englischen Handels ergeben, soweit aus der englischen Statistik ersichtlich, recht interessante Aufschlüsse. Englands Export nach Deutschland bezifferte sich auf 23 180 000 £, während andererseits Waren im Werte von 993 415 £ aus Deutschland eingeführt wurden. Besonders deutlich zeigt sich die für Deutschland ungünstige Verschiebung bei einem Vergleiche mit 1913. Während die deutsche Handelsbilanz in diesem Jahre mit 19,9 Mill. £ gegen England aktiv war, hat die Passivität im vergangenen Jahre eine Höhe von 22,2 Mill. £ erreicht! Diese Verschlechterung für Deutschland gegen 1913 um nicht weniger als 42,1 Mill. £ kommt bei dem heutigen Stand der deutschen Valuta ungefähr einen Verlust von 4,4 Milliarden M. gleich. Im übrigen steht Deutschland mit dieser Verschiebung keineswegs allein da. Es teilt dieses Schicksal vielmehr mit allen europäischen Staaten, deren Verschuldung an England ständig zunimmt. Die erheblichste Verschlechterung hat, um ein Beispiel herauszugreifen, Frankreich mit 143,6 Mill. £ zu verzeichnen. Die Passivität der englischen Handelsbilanz fällt somit, in genauer Umkehr gegen die Vorkriegszeit, auf die Beziehungen zu überseeischen Staaten zurück, bei denen beispielsweise die Passivität gegen die Vereinigten Staaten eine Höhe von 480,8 Mill. £ erreicht hat gegen ein Passivsaldo Amerikas von 83,1 Mill. £ im Jahre 1913. Über die Produkte, welche im Handelsverkehr mit Deutschland dominierten, enthält die sonst so ausführliche englische Statistik leider keinerlei Angaben. Dagegen liegt Material vor für die ersten 10½ Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes, welches Sir Auckland Geddes auf eine Anfrage im Unterhause mitteilte. Hiernach wurden vor allem Baumwollwaren, Wollen- und Kammgarnfabrikate, Leinsaatöl und Nahrungsmittel nach Deutschland gebracht. Der unter „andere Waren“ aufgeführte Wert dürfte zum großen Teil auf Genußmittel entfallen. Deutschland lieferte vor allem Kaliverbindungen, Düngerstoffe, Leder, Felle.

Als weiteres Land, von dem noch zahlenmäßige Angaben vorliegen, sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu betrachten. Auch hier bietet sich das gleiche ungünstige Bild wie bei England. Einer Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland im Werte von

92 761 314 \$ steht eine Einfuhr von nur 10 624 229 \$ gegenüber. Das Passivsaldo Deutschlands berechnet sich für 1919 auf 82 137 085 \$ gegen 167 719 189 \$ im Jahre 1913. Diese auf den ersten Blick nicht ungünstige Zahl erscheint sofort in anderem Licht, wenn man auf die zahlenmäßige Verminderung des Handels einerseits (1913 exportierte Deutschland nach den Vereinigten Staaten für 184 211 352 \$ und importierte für 351 930 541 \$) und auf die Valutadifferenz zwischen den beiden Staaten andererseits hinweist. Hinzu kommt noch, daß Deutschland nach dem Friedensschluß auch der Mittel beraubt ist, die zur Ausgleichung seiner Zahlungsbilanz mit Amerika dienen. Über die Art der Produkte sind auch hier keine näheren Angaben vorhanden.

Von den übrigen Ländern liegen statistische Nachweisungen nur noch aus Brasilien vor. Die Einfuhr Deutschlands nach Brasilien figurierte in den ersten neun Monaten nach gänzlichem Ausfall im Jahre 1918 mit 34 940 £ (in den ersten 9 Monaten 1913 8 978 552 £). Eine Ausfuhr nach Deutschland (1913 608 000 £) hatte Brasilien noch nicht aufzuweisen. Die anderen südamerikanischen Staaten, die vor dem Kriege eine bedeutende Rolle im deutschen Außenhandel spielten, haben ihre Handelsbilanzen in bezug auf Deutschland noch nicht veröffentlicht. Aus Argentinien, in dessen Außenhandel Deutschland vor dem Kriege nach England an zweiter Stelle stand, liegen Nachrichten vor, wonach es noch nicht zu großen Geschäften gekommen ist, da, wie man anführt, keine deutschen Waren zur Verfügung stehen. Deutschland führte vor dem Kriege besonders Eisenbahnschienen, Maschinen, elektrische Kabel, Wollgewebe und andere Fertigfabrikate ein und bezog dagegen Weizen, Leinsaat, Schafwolle, Rinderhäute, Mais und andere Futtermittel.

Es ist sehr zu bedauern und zeigt die Notwendigkeit einer deutschen Außenhandelsstatistik auf das deutlichste, daß von andern Ländern keine Unterlagen zu erreichen sind. In Betracht kommen vor allem noch die nordischen Länder und Polen nebst Rußland, auch Japan. Es ist anzunehmen, daß der Warenaustausch besonders nach dem Osten schon wieder größere Dimensionen angenommen hat. Jedoch verbietet sich jegliches Urteil über die Gestalt dieser Beziehungen.

Faßt man das bisher Gesagte zusammen, so läßt sich immerhin ein ungefähres Bild von der Gestaltung der deutschen Handelsbilanz gewinnen. Der Prozentanteil der deutschen Ausfuhr an der Einfuhr der verschiedenen Länder stellt sich folgendermaßen:

für Frankreich.....	auf 46,49 %
„ England.....	„ 4,28 „
„ Vereinigte Staaten.....	„ 11,45 „
„ Tschecho-Slowakei.....	„ 84,21 „

Am ungünstigsten stellt sich somit für uns die Handelsbilanz mit England. Als besonders bedenklich verdient hervorgehoben zu werden, daß die ganze Struktur unseres Außenhandels sich von Grund auf geändert hat. In der Einfuhr überwiegen fast durchweg Waren, die nur für den Konsum verwendbar sind und infolgedessen nicht werteschaffend sein können. Als Kompensation haben wir dagegen zumeist Rohstoffe und Naturalien geboten, während von einer erheblichen Ausfuhr von Gewerbe- und Industrieprodukten nicht gesprochen werden kann. Es folgt daraus, daß unserer Volkswirtschaft nicht nur die Werte verloren gehen, die aus der Passivität der Handelsbilanz resultieren, sondern daß darüber hinaus auch eine Steigerung der Produktion (insbesondere durch „Veredelung“ von Produkten) verhindert wird. Dabei müssen wir gerade heute mehr denn je bestrebt sein, den Wert der eingeführten Waren durch Ausfuhr von hochwertigen Erzeugnissen zu kompensieren. Diese Frage hängt auf das innigste mit einer Stabilisierung unserer Zahlungsbilanz zusammen. Uns ist heute durch die Enteignung unserer Auslandsguthaben und den Raub der Handelsflotte die Möglichkeit genommen, auf andere Weise einen Ausgleich für die passive Handelsbilanz zu schaffen. Vor dem Kriege erbrachte die Tätigkeit der deutschen Handelsflotte allein eine jährliche Roheinnahme von ungefähr einer Milliarde Goldmark. Bei den gestiegenen Frachtraten und der Unterbewertung der deutschen Valuta hätte sich dieses Aktivsaldo auf ungefähr 100 Milliarden Papiermark erhöhen können, eine Summe, die allein schon die Passivität aus der Handelsbilanz mehr als ausgeglichen hätte. Man muß sich diese Zahlen vergegenwärtigen, um ermessen zu können, welche ungeheure Mehrleistung unser Außenhandel auf sich nehmen müßte, um nur diesen Ausfall wieder wett zu machen. Betrachtet man beispielsweise die Verhältnisse des deutschen Vorkriegshandels mit den Vereinigten Staaten, so ergab sich (s. oben!) stets ein großes Passivum für Deutschland, das neben Zinsen aus Guthaben durch unsere Handelsflotte ausgeglichen wurde. Im Wettbewerb mit England hatte Deutschland den größten Teil der amerikanischen Transporte auf seine Schiffe übernommen. Die Einnahmen hieraus waren recht bedeutend.

Wir haben versucht, einiges Licht über die derzeitige Lage unseres Außenhandels zu verbreiten. Wenn die Klarlegung auch nicht vollständig gelungen ist — und sie konnte nicht gelingen, solange man auf ausländische Informationen angewiesen ist — so hat sie doch wenigstens dazu beigetragen, die gefährlichsten Mängel aufzuzeigen und die Notwendigkeit der Veröffentlichung von Statistiken des deutschen Außenhandels zu belegen.

Artur Bode, Berlin

Zur Mexikopolitik der Vereinigten Staaten

Die Politik der amerikanischen Regierung in bezug auf Mexiko ist unergründlich wie das Antlitz einer Sphinx, dabei keinesfalls beständig, vielmehr drängt sich einem oft die Ansicht auf, daß man sich im Weißen Hause ratlos nach jemandem oder etwas umsähe, das man als eine Art Rettungsanker begrüßen könnte, um aus den Klippen der Zwistigkeiten moralisch ungefährdet herauszukommen. So schwerwiegende Streitfälle und Meinungsverschiedenheiten, wie man die Welt von amerikanischer Seite aus glauben machen will, existieren nun in Wirklichkeit nicht. Carranza läßt keine Gelegenheit vorübergehen, dies nachdrücklich und mit Offenheit zu betonen. Ein großer Teil der demokratischen Presse der Vereinigten Staaten erkennt dies auch an und gibt rückhalt-

los zu, daß die sogenannten Streitpunkte nichts anderes seien als eine Aufbauschung, verursacht durch gewisse Kreise, die in Mexiko finanziell stark engagiert sind und denen daran gelegen ist, auf alle Fälle eine bewaffnete Intervention heraufzubeschwören, um dann besser im Trüben fischen zu können und später, wenn Mexiko „bezwungen“, die ersten an der Krippe zu sein. Solche Interessen sind durch einen Teil der republikanischen Presse vertreten, und dieser wieder läßt es sich angelegen sein, alle Äußerungen Carranzas, die aufklären und Schwierigkeiten beseitigen sollen, ins Lächerliche zu ziehen oder sie der Heuchelei zu zeihen.

Und die Meinungsverschiedenheiten selbst? Sie sind verschiedenster Natur; die wichtigsten unter ihnen sind folgende:

1. Schwebende Reklamationen und Schadenersatzansprüche von Ausländern für Verluste in den Revolutionsjahren seit dem Maderoaufstand.

2. Weitgehendster Schutz und Garantien für Ausländer. (Daß man in den Vereinigten Staaten unter „Ausländer“ eigentlich nur Amerikaner versteht, erübrigt sich zu erwähnen. Für Nicht-Amerikaner wird man sich in Washington sicher nicht ins Zeug legen.)

3. Das neue Petroleumgesetz, welches in seinen Grundlagen in der Verfassung von Queretaro im Jahre 1917 (Carranza) festgelegt wurde und den Untergrund, also alle Schätze unter der Erdoberfläche, in den Petroleumgebieten als Nationaleigentum erklärt.

Die drei Probleme sind nun keineswegs neu: sie harren schon seit Jahren ihrer Erledigung, bzw. einer solchen, wie die Vereinigten Staaten sie wünschen (!). Wenn die amerikanische Regierung tatsächlich so entrüstet über diese Affären ist, wie kommt es dann, daß man vier Jahre lang nie energisch, wie es einer Großmacht geziemt, auf eine Lösung gedrungen hat? Stets wird von Washington in die Welt hinausposaunt, daß das mexikanische „Chaos“ zum Himmel schreie, daß die Regierung absolut machtlos sei und ihr Verfahren allen zivilisierten Gesezen Hohn spreche und schleunigstes Eingreifen erheische. Ist eine derartige Kritik ehrlich gemeint, und sind Menschlichkeitsprinzipien tatsächlich die leitenden Faktoren, wie man vorgibt, weshalb sieht man dann, Hände im Schoß, zu, wie solch angeblich haarsträubende Zustände andauern? Welch teuflische Ränke sind hier im Spiel? Doch Wilson, ähnlich wie im Weltkrieg, wartet und beobachtet, um die Schwächen des Gegners in Muße zu erspähen und zu studieren. Und jetzt kommt das noch Unbegreiflichere: man kennt die verwundbaren Seiten des Gegners, nutzt sie jedoch nicht aus, verkündet aber auch nicht zielest die Absicht, sich nicht in die mexikanischen Fragen zu mischen. Die Lage wird gänzlich verwirrt: heute scheinen die Interventionisten Washington ganz beeinflussen zu können und alle Anzeichen deuten auf einen Gewaltakt; morgen scheinen die Anwälte einer friedlichen Verständigung das Heft so vollkommen in der Hand zu haben, als wenn es nie anders hätte sein können und Washington läßt durchblicken, daß es stets gegen eine Waffenintervention gewesen sei! So ist es seit Monaten: glaubt man, das Ziel sei in greifbarer Nähe, so taucht es irrlichtartig im Morast unter und zeigt sich ganz wo anders als ein neues, früher nie geahntes Phantasiebild. Und das Merkwürdige, fast Komische: stets ist die mexikanische Frage brennend. Überall wird versichert: „das kann nicht mehr so weiter gehen“. So hörte man vor vier Jahren die Leute sprechen; heute sagen sie dasselbe und so wird es noch weiter bleiben. Zeit bedeutet nichts in diesem Lande, und Wilson scheint, solange es sich um Mexiko handelt, ebenso zu denken. Ende Juli 1919 erklärte er, daß Anfang September (!) alle Schwierigkeiten ihr Ende finden würden!

Die amerikanische Politik richtet sich selbst. Sie mag kaufmännisch verschlagen sein, aber die scharf richtende Nachwelt wird ihr keine Achtung zollen können und ihr die Hipokritenmaske vom Gesicht reißen. Es führt zu weit, diese Schwankungen in der amerikanischen Politik einzeln durch Beispiele zu belegen. Da sie zum Teil der Vergangenheit angehören, sind sie auch nicht von vitaler Bedeutung. Um sich in Europa ein Urteil über die Lage und besonders die Beziehungen Mexikos zu den Vereinigten Staaten bilden zu können, genügt es, sich die Ereignisse seit Mitte letzten Jahres vor Augen zu führen. Fügt man die beiderseitigen Tendenzen (Washington und Mexiko) hinzu, wie ich

sie kurz gestreift habe, so ermöglicht sich ein einwandsfreier Überblick, der unwillkürlich zu einer Schlußfolgerung herausfordert.

Als Wilson Ende Juli 1919 ziemlich unverblümt erklärte, daß er Carranza bis Anfang September Zeit lasse sich zu besinnen (!), dann aber die mexikanische Situation gewaltsam klären werde, horcht man allgemein auf. Man merkt nun in den folgenden Wochen weder eine Wendung in der mexikanischen Politik, die Wilson als ein Eingehen auf seine Forderung deuten kann, noch eine Ausführung der Washingtoner Drohung. Es geschieht also nichts, und um den Einwendungen und Bemühungen seiner politischen Gegner zuvorzukommen, die laut nach bedingungsloser Erfüllung aller amerikanischen Gelüste schreien, veröffentlicht Carranza am 14. 8. in der Presse den letzten Notenwechsel zwischen beiden Regierungen. Den Vorwand zu diesen Schriftstücken gab die Ermordung eines Amerikaners im Staate San Luis Potosí, doch wird bei dieser Gelegenheit die ganze Frage aufgerollt, so daß man von einer Art amerikanischem Ultimatum reden kann. Nichts ist bezeichnender für die Auffassung der Lage als der Text der beiden Noten. Er spricht für sich selbst. Das mexikanische auswärtige Amt liefert, wie schon so oft bei früheren Gelegenheiten, ein Meisterwerk diplomatischer Kunst, zählt Wilson in eigener Münze heim, bewahrt eine aufrechte Unerschrockenheit und verteidigt sein gutes Recht gegenüber einem ungleich Stärkeren in schlagender Weise, wie man es kaum heute noch auf der Welt findet: An der Note könnte manche Großmacht sich ein Beispiel nehmen! Ihr Text sei deswegen in den uns interessierenden Teilen hier wiedergegeben (die amerikanische Note braucht nicht aufgeführt zu werden, da ihr kurzer, energischer Inhalt fast wörtlich in der mexikanischen wiederholt wird):

„Mexiko, den 28. Juli 1919.

Herr Geschäftsträger! Die Note Nr. 1212, die Ew. Hochwohlgeboren mir unter dem 22. dieses zugestellt haben, setzte mich von den Instruktionen in Kenntnis, die Sie empfangen haben, um diesem Ministerium mitzuteilen, daß, wenn weiterhin das Leben amerikanischer Bürger sich in einem Zustand von Unsicherheit befinden und sich Mordfälle wegen Mangel an gutem Willen oder Unfähigkeit seitens der mexikanischen Regierung, den gehörigen Schutz zu verleihen, wiederholen sollten, sich die Regierung der Vereinigten Staaten gezwungen sehen würde, einen radikalen Umschwung in seiner Politik in bezug auf Mexiko eintreten zu lassen.

In Erwiderung beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß der Umstand, daß im Gebiet der Republik Anschläge auf das Leben amerikanischer Bürger vorgekommen sind, nicht offenkundig dem Mangel an Willen, Schutz zu verleihen, zugeschrieben werden kann. Der gute Wille, diesen Schutz zu geben, ist wiederholt ausgedrückt worden und die materiellen Schwierigkeiten, ein Versprechen zu erfüllen, — vorausgesetzt, daß von einer Nichterfüllung gesprochen werden kann —, dürfen nicht mit dem Mangel an Willen verwechselt werden, umso mehr, wenn diese gute Absicht durch Taten bewiesen worden ist.

Wenn man andererseits unter Schutz des Lebens versteht, daß in jedem Fall und wo auch immer ein Bürger der Vereinigten Staaten in mexikanischem Gebiet sich befinden mag, ihn ein besonderer und wirksamer Schutz umgeben muß, so daß sein Leben nie einer Gefahr ausgesetzt ist, so sieht sich die mexikanische Regierung hierzu nicht imstande, denn ein solch vollkommener Zustand von Sicherheit ist nirgends vorhanden, schon aus den einfachen Gründen, weil die territoriale Ausdehnung der Republik sehr groß, die Bevölkerung sehr gering ist und schwierige Umstände zu berücksichtigen sind, wie sie nach einem langen Bürgerkriege eben vorherrschen.

Die mexikanische Regierung hat sich immer in ihrem Möglickeitsbereich bemüht, dem Leben der Ausländer und der Einheimischen volle Sicherheit zu geben; aber es liegt hier der Fall vor, daß die ersten, aus Unwissenheit, Unüberlegtheit oder waghalsiger Gewinnsucht es

riskieren, in gefährlichen Gegenden zu bleiben oder durchzureisen, wodurch sie zu Anschlägen herausfordern, jedoch erwarten, denselben einzig und allein wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer zu entgehen.

Die mexikanische Regierung war und wird von den besten Absichten beseelt, alle jene Schwierigkeiten, welche die guten Beziehungen zu der amerikanischen Regierung trüben könnten, auszumerzen, und dies hat sie bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesen. Wenn die amerikanische Regierung wünscht, daß ihre Bürger größere Sicherheit genießen, legt die mexikanische Regierung, welche wie immer eine Verständigung zwischen beiden Regierungen ersehnt, die Empfehlung nahe, daß die amerikanischen Bürger sich in den bevölkerten Ortschaften sammeln, wo man ihnen vollkommene Garantien gewähren kann, und wenn genannte Bürger sich in die Notwendigkeit versetzt sehen, sich in Gefährzonen zu begeben, genügende Patrouillen zu ihrer Sicherheit zu verlangen, welche ihnen von den mexikanischen Autoritäten zur Verfügung gestellt werden.

In der Umgebung von Tampiko hat man den Zahlmeistern der Petroleumgesellschaften Begleitmannschaften angeboten zwecks sicherer Überführung von Geldern, doch die Firmen haben dieses Anerbieten abgeschlagen unter dem Vorwand, daß die Gegenwart einer Bedeckung den Angriff der Rebellen beschleunigt oder daß die Individuen der Mannschaft sich nicht ordnungsgemäß betragen würden: beides unbegründete Behauptungen. Außerdem sind die Beziehungen, welche einige Petroleumgesellschaften zu den Rebellen haben, hinlänglich bekannt, und es werden sogar Fälle vermutet, in denen die Zahlmeister mit den angeblichen Angreifern im Einverständnis gewesen sind. Um noch einmal den guten Willen, ausgedehnten Schutz zu gewähren, zu beweisen, hat die mexikanische Regierung bereits offiziell versprochen, die Summen, welche den Zahlmeistern trotz Anwesenheit der Begleittruppe entrisen worden sind, zurückzuerstatten. Wenn dieses Anerbieten nicht angenommen wird, so haben sich die Interessierten die Folgen ausschließlich selbst zuzuschreiben.

In Anbetracht dieser Tatsachen hat die Drohung, welche die Note Ew. Hochwohlgeboren einschließt, bei der mexikanischen Regierung Verwunderung hervorgerufen, umso mehr als die Forderung seltsam wirken muß, daß nämlich in unbewohnten Gegenden das menschliche Leben auf vollkommenere Art geschützt werden solle als in den bevölkertesten Städten der kultiviertesten Länder, wo blutige Aufstände vorzukommen pflegen, ohne daß man deswegen den betreffenden Regierungen ernste Vorhaltungen macht.“ — (Anmerkung: Der letzte Passus zielt auf die gerade zu dieser Zeit in verschiedenen großen amerikanischen Städten, u. a. Chicago, sich abspielenden Massenaufstände, die den amerikanischen Behörden allenthalben Arbeit verursachten und über die man sich derzeit in Mexiko sehr lustig machte unter Hinweis auf die Frage, wie sich diese Zwischenfälle mit der so bedeutend sein sollenden Zivilisation der Vereinigten Staaten vereinbaren.)

In der Hauptsache wendet sich also die Note gegen das Verlangen der Amerikaner nach absoluter Sicherheit für ihre Landsleute. Die Antwort ist vollkommen berechtigt und logischer Weise ist nichts dagegen einzuwenden. Im letzten Teil ist sehr geschickt eine Anspielung auf die Verhältnisse in der Petroleumregion von Tampiko eingeflochten. Eine aufklärende Bemerkung über die dortigen Zustände dürfte den Leser interessieren. Fragliches Ölgebiet ist mit Ausnahme des Hafens Tampiko in Händen der Carranza-feindlichen Rebellen, und zwar des Generals Manuel Pelaez. Dieser verfügt über ca. 1500 leidlich disziplinierte Leute, die das Gebiet wie eine Art Schutztruppe für die Petroleumgesellschaften kontrollieren sollen. Es ist nachgewiesen, daß die amerikanischen Kompagnien Pelaez mit Waffen, Munition und Geld versehen und dadurch also gegen Carranza arbeiten. Wenn man nun auch zugibt, daß die Petroleuminteressenten aus Selbstschutz, d. h. um in Ruhe arbeiten zu können, sich auf diese Art mit den Rebellen verständigen müssen, da die Regierung offenbar nicht imstande

ist, das Gebiet definitiv zu besetzen, so ist es sicher nicht zu billigen, daß dieselben Gesellschaften sich wehklagend nach Washington wenden, dauernd gegen die anerkannte Regierung stänkern und obendrein von derselben Regierung Garantien verlangen. Es wäre wohl nicht mehr als recht und billig gewesen, wenn fragliche Ölfirmen sich mäuschenstill verhalten hätten solange Carranza ein Auge zudrückte und es mit ansah, wenn sie sich durch Unterstützung der Rebellen Schutz verschafften. Hätte die mexikanische Regierung sich auf den Rechtsstandpunkt gestellt, hätte sie zweifellos ihrerseits in Washington Protest einlegen können, sobald sie von der Handlungsweise der Petroleumleute Kenntnis hatte, was bereits seit Jahren der Fall war!

Wie lächerlich einer der drei weiter oben angeführten Hauptreklamationspunkte, die man ernst nehmen soll, wirkt, erhellt erst, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Amerikaner offiziell seit geraumer Zeit die Waffeneinfuhr nach Mexiko verboten haben, andererseits aber die Rebellen auf unrechtmäßigem Wege (Konterbande usw.) damit versorgen. In welchem merkwürdigen Licht läßt dies die Amerikaner erscheinen! Wie kann man von Carranza eine restlose Wiederherstellung der Ruhe im Lande verlangen, wenn man ihm selbst die Waffeneinfuhr verweigert, aber Rebellenführer durch Lieferungen zur Erhebung anstachelt? Mitglieder des mexikanischen Kabinetts haben dies auch unumwunden ausgesprochen; doch was weiß man hiervon im Auslande, wenn solch wichtige Äußerungen dazu verdammt sind, nicht über die Landesgrenze hinauszudringen? Carranza erklärte dem Korrespondent der New Yorker „Nation“ am 21. 8.: „Wenn die Vereinigten Staaten die Beschlagnahme auf Waffen und Munition für Mexiko aufheben, würde das Land vor Ablauf meiner Präsidentenamszeit vollkommen pazifiziert sein, vorausgesetzt, daß die amerikanischen Behörden die Konterbandesendungen solchen Materials an die Banditen unterbänden.“

Zweifellos ist dies ein recht heikler Punkt für die Vereinigten Staaten, und sie taten gut daran, nicht zu viel Aufhebens davon zu machen, sonst könnte man im Ausland allmählich der Sache auf den Grund kommen, sicherlich zum Schaden des amerikanischen Prestiges. Und wer möchte die Folgen davon voraussehen?

Bleiben also im mexikanischen Sündenregister die Schadensansprüche der Ausländer für verlorenes Leben und für beschädigtes oder vernichtetes Eigentum sowie das Petroleumgesetz. Was die erste Frage betrifft, so hat der Präsident am 30. 8. ein Gesetz erlassen, laut welchem sämtliche vermeintlichen und hierher gehörigen Ansprüche seit November 1910 einer Sonderkommission, die dem Finanzministerium zugeteilt ist, innerhalb drei Monaten einzureichen sind (evtl. später direkt dem Finanzministerium). Nach Ablauf dieser Frist wird die Kommission ihre Entscheidungen in den einzelnen Fällen treffen. Ein spezielles, später herauszugebendes Gesetz wird über Form und Bedingungen der Zahlungen für die auf Grund dieser Verordnung als zu Recht bestehend anerkannten Indemnisationen bestimmen.

Mit diesem Gesetz ist bösen Zungen Einhalt getan, und niemand hätte das Recht, vorderhand an der ehrlichen Absicht zu zweifeln. Trotzdem gibt man sich nicht zufrieden. Um keine Anerkennung zollen zu müssen, läßt man Mißtrauen Trumpf sein. Es ist zwar richtig, daß die mexikanische Regierung mit nicht unbedeutenden Finanzschwierigkeiten kämpft; allein sie sind nicht so groß, daß sie ihr über den Kopf wüchsen. Auch hier fehlt der gute Wille auf beiden Seiten. Mit einer auswärtigen Anleihe in den Vereinigten Staaten würde leicht eine solide Grundlage zu

schaffen sein. Offenbar klaffen die beiderseitigen Bedingungen weit auseinander, denn trotz wiederholter Versuche ist bisher keine Einigung zu erzielen gewesen. Wenn man der mexikanischen Presse Glauben schenken darf, so verlangt man von Mexiko ein Verschreiben mit Haut und Haar. Denkt jedoch die Regierung ernsthaft an eine ordnungsgemäße Anerkennung und Begleichung der Revolutions-Indemnisationen, so fehlt es ihr nicht an Mitteln und Wegen, sei es auch schlimmstenfalls unter Preisgabe gewisser Souveränitätsrechte, die Deckung sicher zu stellen. Welch unparteiischer Beobachter kann also heute hieraus einen Streitfall konstruieren? Rechtfertigt dies etwa eine Einmischung in innere Verhältnisse? Kann eine aus schweren inneren Kämpfen hervorgegangene Regierung nicht verlangen, daß man etwas Geduld mit ihr hat und ihr nicht ohne Überlegung prinzipiell alles zum Schlechten auslegt?

Zum letzten kommen wir zum vielbesprochenen Petroleumgesetz. Um das Für und Wider dieses interessanten Problems abwägen zu können, müßte so weit ausgeholt werden, daß der Rahmen dieser Abhandlung überschritten würde. Da jedoch diese Angelegenheit auch in deutschen Finanzkreisen Interesse erregen dürfte, behalte ich mir vor, sie in einem Sonderartikel eingehend zu behandeln. Dem Gesetz, welches gegenwärtig in Kraft ist, wird von den Petroleumgesellschaften mit gewissem Recht vorgeworfen, daß es rückwirkende Befugnisse verordnet. Laut demselben bestimmt die Regierung, daß das Hoheitsrecht über den Untergrund aller vor Mai 1917 erworbenen Terrains ihr zusteht, und daß zwecks Ausbeutung des Erdinnern solcher Gebiete neue Konzessionen, natürlich gegen entsprechende Vergütungen, von den heutigen Inhabern zu entnehmen sind. Dies bedeutet also eine Schädigung der gegenwärtigen Inhaber, und man versteht, wenn die betroffenen Ölkompagnien gegen diesen Überfall protestieren. Die Regierung vertritt andererseits den Standpunkt, daß fragliche Terrains zum größten Teil von ihren heutigen Eignern als Spekulation und ohne daß frühere Besitzer ahnten, welche Bodenschätze ihr Land barg, zu Spottpreisen erworben wurden, und daß sie infolgedessen als Regierung berechtigt ist, eine Besteuerung dieser den Besitzern unverhofft in den Schoß gefallenen Reichtümer vornehmen zu können. Man sieht, daß nach modernen Prinzipien auch der Regierungsstandpunkt nicht der Logik entbehrt. Ansicht steht gegen Ansicht, und da die amerikanischen Gesellschaften sich mit ihrem Protest nach Washington gewandt haben und man sich dort zu ihrer Ansicht bekannt hat, ist dieser Streitpunkt vielleicht der akuteste. Festzustellen ist noch, daß ein Teil beider mexikanischer Kammern in dieser Frage sich gegen die Ansicht der Regierung erklärt, und so wurde Ende August im Senat ein Gesetzentwurf eingebracht, welcher zwar im Prinzip den Standpunkt der Regierung gutheißt, in der Ausführung aber wesentliche Abschwächungen enthält. Zwar wurde der Entwurf abschlägig beschieden, aber es ist immerhin schon bezeichnend, daß eine gewisse Strömung für die Diskussion eines solchen Projektes vorhanden ist. Allem Anschein nach wird über kurz oder lang eine Abänderungsvorlage in neuer Fassung nochmals zur Verhandlung kommen, und wenn sie geschickt eingekleidet ist und etwa den Mittelweg zwischen heutigem Gesetz und dem durchgefallenen Entwurf einschlägt, dürfte sie ein besseres Schicksal erwarten als die verabschiedete. Voraussichtlich würde ein Zwischending auch von der Regierung ganz gern gesehen werden, obgleich man heute in amtlichen Kreisen nach außen absolut den Standpunkt vertritt, keinerlei Konzessionen in dieser Angelegenheit machen zu können.

Man wird nach Darlegung dieser drei Hauptschwierigkeiten, denen sich noch einige unwichtigere zugesellen, kaum behaupten können, daß sie so schwerwiegend sind, als daß sie nicht bei einigem guten Willen auf diplomatischem Wege beseitigt werden könnten; aber es kann nicht oft genug betont werden, daß dieses erforderliche Entgegenkommen gänzlich fehlt. Und leider tragen die Vereinigten Staaten zum mindesten drei Viertel dieser Schuld.

Kehren wir zu dem Wirrwarr der amerikanischen Mexiko-Politik zurück, so hätten wir nur noch das letzte Stadium zu erwähnen. Haben wir schon während des Krieges genügend Phänomene an internationalen Zuständen erlebt, z. B. daß Länder die Beziehungen zu Deutschland abbrechen ohne jedoch in den Kriegszustand einzutreten, so war man in Versailles Zeuge von der merkwürdigen Erscheinung der Kommissionstätigkeit. Dies ist eine bequeme Art, unliebsame Angelegenheiten auf die lange Bank zu schieben oder die Verantwortung auf andere abzuwälzen. Beides trifft auch hier zu. Als Wilson sich nach seiner Festlegung, Anfang September die mexikanische Frage auf den Kopf zu schlagen, in einer argen Zwickmühle befand, übergab er die Affäre als letzte ehrenvolle Rettung einer Kommission von drei Senatoren. Die Zusammensetzung dieses Untersuchungskomitees ist für Mexiko die denkbar ungünstigste. Alle drei Senatoren, vor allem ihr Präsident Fall, sind bekannt als mexikofeindlich und eifrige Förderer der Interventionspolitik, was in ihrer Eigenschaft als Senatsvertreter der südlichen Grenzstaaten nicht Wunder nehmen kann: ist doch die überwiegende Mehrzahl der Bewohner dieser Staaten antimexikanisch gesonnen. Hinzu kommt, daß zwei der Senatoren der republikanischen Fraktion angehören, welche bekanntlich im allgemeinen für Gewaltintervention geneigt ist. Seit September ist man jetzt bei der Arbeit: man verhört Leute, die über die gegenwärtige Lage in Mexiko unterrichtet sind oder behaupten es zu sein, stellt Gegenfragen, nimmt ihre Aussagen zu Protokoll und „studiert“ sie. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die ganze Sache eine unerhörte Farce ist; denn die Kommission weiß im Grunde genommen bei jedem Vorgeladenen vorher genau, was er sagen wird, zum mindesten, ob er für oder gegen Mexiko spricht. So hört man bald Bekenner zur Intervention, bald solche zum Gegenteil, zieht die Angelegenheit schön in die Länge, drückt sich vorläufig um ein Urteil herum und übergibt der Presse amüsante Berichte, nach deren Lektüre der Leser nur ein umso verworreneres Bild erhält. Aber der öffentlichen Meinung der Amerikaner ist wieder einmal Genüge geleistet; man glaubt, die Sache ruhe in den besten Händen, und das ist die Hauptsache. Wozu man denn eine Botschaft in Mexiko hat, die dank unbeschränkter Mittel genaueste Informationen über alles Wissenswerte erhalten kann und tatsächlich auch besitzt, danach fragt kein Mensch! Welch lächerliches Schauspiel man einem unmündigen — doch freien (!) Volk vorsetzen kann, wenn man es nur versteht, die richtige Einkleidung zu finden! Und diese Fähigkeit kann keiner Herrn Wilson absprechen. Die Kommission arbeitet; wird wohl schließlich ihren Entschluß vorbringen; der Amerikaner ist damit zufrieden und — Wilson tut im gegebenen Moment ungeachtet aller Kommissionsbeschlüsse das, was ihm am geeignetsten dünkt.

J. Rb, Orizaba

Deutschland

Neugründungen und Kapitalserhöhungen im I. Vierteljahr 1920

1348,256 Mill. M. neues Kapital ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres den Aktiengesellschaften und den Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Deutschland zugeführt worden. Die Höhe dieser Summe kommt erst dann zu rechter Geltung, wenn ihr die entsprechenden Zahlen der vorangegangenen Jahre gegenübergestellt werden. Die Neugründungen bzw. Kapitalserhöhungen bewegten sich, absolut betrachtet, seit 1913 wie folgt (in 1000 M.):

Im I. Viertelj.	Aktiengesellschaften Neu- gründungen	Gesellschaften m. b. H. Kapitals- erhöhungen	Neu- gründungen	Kapitals- erhöhungen	Zusammen (sämtliche 4 Posten)
1913	52 929	70 961	84 418	29 839	238 147
1914	84 444	116 545	46 073	12 779	259 841
1915	7 746	80 903	58 706	5 792	153 147
1916	13 806	18 740	25 280	9 518	67 344
1917	47 127	113 328	63 795	21 976	246 226
1918	96 760	168 265	73 246	51 902	390 173
1919	15 590	39 043	83 332	16 177	154 142
1920	96 051	1 039 090	148 679	64 436	1 348 256

Von besonderem Interesse ist, zu beobachten, wie sich die Anteile der einzelnen Gewerbegruppen an diesem Gesamtzuwachs im Jahre 1913 bzw. 1920 verschoben haben. Eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der ersten Quartale dieser Jahre ist leider nicht möglich. Denn, da durch das frühere Kaiserliche Statistische Amt — wie auch jetzt durch das Statistische Reichsamt — die Verteilung nach Gewerbegruppen nur für das ganze Jahr veröffentlicht wird, fehlen die Angaben für die Quartale. Unsere Mitteilungen für das 1. Vierteljahr 1920 sind dem „Zentral-Handelsregister für das Deutsche Reich“ entnommen, daher sind die Anteile der einzelnen Gewerbegruppen in diesem Zeitraum für uns ersichtlich.

In folgender Aufstellung haben wir die Bewegung des Zuwachses durch Neugründungen oder Kapitalserhöhungen bei den einzelnen Gewerbegruppen im ganzen Jahre 1913 im Verhältnis zu den Monaten Januar/März 1920, allerdings nur für die Aktiengesellschaften¹⁾ berechnet. (Der Zuwachs an Kapital durch Neugründungen und Erhöhungen im Jahre 1913 ist = 100 gesetzt.)

Zu- bzw. Abnahme im 1. Vierteljahr 1920.

Land- u. Forstwirtschaft — 100	Gast- u. Schankwirtschaft. 156
Hypothekenbanken..... 100	Gesamtzunahme..... 179
Musik, Theater- und Schauspielungsgewerbe..... + 6	Banken..... 192
Immobilienhandel..... 19	Papierindustrie..... 196
Elektrizitätserzeugung.... 26	Bekleidungsgewerbe..... 197
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe..... 28	Bergbau, Hütten- und Salinenwesen..... 267
Verkehrsgewerbe..... 49	Tierzucht und Fischerei.. 276
Leder- u. Gummi Industrie 71	Industrie d. Steine u. Erden 294
Graphisch, Gewerbe, Buch- u. Kunsthandel, künstl. Gewerbe usw..... 91	Maschinen- u. Apparatebau 364
Versicherungsgewerbe.... 102	Metallverarbeitung..... 400
Industrie der Nahrungs- u. Genussmittel..... 121	Elektrotechn. Industrie... 409
Textilindustrie..... 128	Industrie der Öle, Seifen, Fette..... 423
	Baugewerbe..... 453
	Chemische Industrie..... 716

¹⁾ Der Zuwachs für die G. m. b. H. ist verhältnismäßig zu gering, um hier mitberücksichtigt werden zu müssen.
Vgl. übrigens W. D. Nr. 16 v. 16. 4. 20.

Aktiengesellschaften

Gewerbegruppen	Neu- gründungen 1000 M.	Kapitals- erhöhungen 1000 M.
Seefischerei.....	4 000	—
Erzbergwerke und Hüttenbetriebe.....	—	147 006
Kohlenbergbau, Koks, Briketts.....	—	60 640
Salz-, Kali- und Salpeterwerke.....	—	4 000
Steine usw.....	5 000	2 500
Zement, Kalkwerke, Asphalt, Basaltwerke.....	3 300	13 840
Tonwaren, Ziegeleien.....	6 000	800
Steingut, Ofenfabriken.....	—	2 300
Porzellanfabriken.....	2 250	1 000
Glasfabriken.....	150	5 110
Metallindustrie.....	2 100	71 130
Maschinen, Apparate und Armaturfabriken.....	4 520	183 901
Fabriken f. Uhren, Feinmechanik u. Optik.....	—	5 168
Musikwerke.....	—	7 500
Elektrotechnische Fabriken.....	6 000	22 500
Elektrizitätswerke.....	1 200	24 100
Fabriken für Chemikalien.....	270	81 240
Farben- und Bleistiftfabriken.....	—	34 950
Pulver- und Sprengstofffabriken.....	—	49 600
Öl, Seifen, Firnisse, Fette, Leimfabriken.....	300	11 700
Petroleum, Erdöle usw.....	50	30 000
Spinnereien und Webereien.....	300	22 450
Spitzen-, Tüll- und Gardinenfabriken.....	—	8 641
Kammgarnspinnereien.....	—	2 850
Jutespinnereien.....	—	1 200
Seilerwaren.....	—	3 000
Papierindustrie, Holzstofffabriken.....	7 000	7 400
Lederfabriken.....	—	7 100
Gummiwaren Industrie, Linoleumfabriken.....	—	2 538
Holzindustrie, Möbel.....	1 260	800
Nahrungsmittel.....	2 450	3 200
Mühlenwerke.....	—	2 050
Zuckerfabriken.....	—	13 400
Wein.....	—	2 050
Zigarren-, Tabakfabriken.....	300	4 200
Brauereien, Mälzereien.....	300	10 300
Sprit- und Preßhefe-fabriken.....	—	10 150
Bekleidungsindustrie, Schuhe, Hüte usw.....	—	14 225
Reinigungsgewerbe und Färbereien.....	—	—
Baugewerbe.....	180	9 335
Vervielfältigungsgewerbe, Künstler-Gewerbe, Photographie, Inserate usw.....	305	2 550
Handelsgewerbe.....	7 900	20 144
Banken.....	9 300	73 615
Hypothekenbanken.....	—	—
Schiffahrtsbanken.....	300	—
Treuhand- und Revisionsgesellschaften.....	1 450	1 000
Immobilienhandel, Verwertung u. Verwaltung.....	1 250	100
Versicherungsgewerbe.....	23 025	9 860
Verkehrs- und Transportgewerbe.....	665	—
Eisenbahn.....	—	—
Klein- und Straßenbahnen.....	100	39 900
Seeschiffahrtsgesellschaften.....	1 150	5 000
Fluß- und Küstenschiffahrtsgesellschaften.....	—	300
Hotels, Gast- und Schankwirtschaften, Heil- und Verpflegungsanstalten.....	576	300
Theater, Musik, Vereinshäuser.....	150	—
Sonstige Gesellschaften.....	2 950	2 447
Zusammen	96 051	1 039 090

Fab. Landau

England

Das neue Budget. I. Teil: Übersicht und Steuerreformen

Das neue englische Budget ist verblüffend. Es sieht Ausgaben im Betrage von 1184,1 Mill. £ vor, denen Einnahmen von 1418,3 Mill. £ gegenüberstehen, also einen Überschuß von 234,2 Mill. £. Im einzelnen sieht der Budgetvoranschlag für 1920/21 folgende Beträge (in Mill. £) vor:

Einnahmen:	Ausgaben:
Zölle 150,0	Schuldendienst 345,0
Inlandsabgaben 198,7	Straßenbau und -verbesserung 6,7
Zusammen 348,7	Steuerverwaltung (local taxation acc.) 10,8
Kraftfahrzeugsteuern 4,5	Ansiedelung 12,0
Erbschaftssteuern usw. 45,0	Landheer 125,0
Stempalabgaben 25,2	Marine 84,4
Land- u. Haussteuern 2,5	Luftstreitkräfte 21,1
Einkommensteuern, einschl. „supertax“ 385,8	Innere Verwaltung u. Pensionen usw. (civil service) 497,3
Kriegsgewinnsteuern 220,0	Verwaltung der Zölle u. indirekt. Steuern 10,5
Gesellschaftssteuern 3,0	Postverwaltung 49,7
Land value duties... 0,5	Unvorhergesehenes... 20,0
Insgesamt aus Steuern, Zöllen und Abgaben 1035,2	Verschiedenes 1,7
Post 37,0	Summe dieser Ausgaben 1184,1
Telegraph 5,8	Überschuß der Einnahmen über d. Ausgaben, zur Anleihe-tilgung verfügbar.. 234,2
Telephon 10,3	
Post insgesamt 53,0	
Domänen 0,7	
Eingänge aus Anleihen: ordentliche 0,7	
außerordentliche 8,8	
Verschied. Einnahmen: ordentliche 18,0	
außerordentliche 302,0	
Insgesamt aus gewinnbringender Tätigkeit 383,2	
Gesamteinnahmen 1418,3	Ausgaben insgesamt . 1184,3

In dieser Aufstellung sind unter den Einnahmen etwaige Eingänge aus Anleihen an die Verbündeten und Kolonien nicht in Rechnung gestellt. Ihre erhebliche Summe läßt sich indessen aus nachstehender Tabelle ermessen, die die ausstehenden Forderungen am 1. 4. 20 zusammenfaßt.

Anleihen an Verbündete und Dominions (in Mill. £).

1. Verbündete:	2. Dominions:
Rußland 568,0	Australien 51,6
Frankreich 514,8	Neuseeland 29,6
Italien 455,5	Canada 19,4
Belgien:	Südafrika 15,8
Kriegsanleihen 92,0	Andere Dominions und Kolonien 3,1
Wiederaufbau 5,3	
Serbien 20,9	
Portugal, Rumänien, Griechenland u. a. . 66,6	
Unterstützungsdarlehn —	
Zusammen .. 1731,1	Zusammen... 119,5

Gesamt-Anleihebetrag (Verbündete und Dominions) ... 1850 6

Mit 5 % verzinst, würde diese Summe rund 92 Mill. £ erbringen. Dagegen ist der Schuldendienst für die englischen Anleihen im Ausland (abgesehen von den auf drei Jahre gestundeten amerikanischen Zinsen) in vollem Umfange aufrecht erhalten. Darüber hinaus soll der dem Etat verbleibende Überschuß von 234 Mill. £ zur Abtragung fälliger Verbindlichkeiten und zur Amortisation Verwendung finden.

Dieser Überschuß ist indessen durch die außerordentlichen Einnahmen unter „Verschiedenes“ erzielt,

d. h. zum größten Teil durch den Verkauf von Rohstoffen und Kriegsmaterial, die 302 Mill. £ erbringen. Es wäre aber irrig, zu glauben, daß die Differenz zwischen diesen beiden Posten von rund 72 Mill. £ ein tatsächliches Defizit im ordentlichen Etat bedeutet, das durch den außerordentlichen Etat gedeckt wird, denn auch in verschiedenen Posten der Ausgaben sind außerordentliche Ausgaben enthalten. England ist somit der einzige europäische Staat, dem es gelungen ist, seinen Etat zu balanzieren. Wie ist das möglich geworden? Eine Reihe steuerlicher Reformen und ein ungeahnt schneller Aufschwung der englischen Volkswirtschaft sind die Ursachen. Betrachten wir zunächst die steuerlichen Reformen.

1. Die Kriegsgewinnsteuer soll mit rückwirkender Kraft auf den 1. 1. 20 von 40 auf 60 % erhöht werden. Dieser Vorschlag hat allgemein überrascht; wie noch in Nr. 17 ausgeführt wurde, rechnete man in England allenthalben mit dem Abbau in der Steuer. Von diesem Abbau scheint der Schatzkanzler nichts mehr wissen zu wollen, da er erklärt hat, es habe sich bei der Ermäßigung der Steuern von 80 auf 40 % gezeigt, daß der nunmehr erzielte Gewinn nicht zur Verbilligung der Waren, sondern zur Bereicherung der Unternehmer Verwendung finde. In den in Nr. 17 mitgeteilten Ziffern über die Industriegewinne kam dies zum Ausdruck. An eine Aufgabe dieser Steuer ist erst zu denken, falls eine Kapitalsabgabe zur Durchführung gelangen sollte. Diese wird zum Schrecken der City und der konservativen Kreise in Aussicht gestellt. Der durch die Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer erzielte Mehrertrag wird für das laufende Finanzjahr 1920/21 auf 10 und für künftige Jahre auf 100 Mill. £ geschätzt.

2. Alle Aktiengesellschaften und sonstige Gesellschaften m. b. H. zahlen eine Einkommensteuer von 5 %, sobald das Einkommen ein Minimum von 500 £ überschreitet; diese Steuer trifft auch die Kooperativgenossenschaften. Die Besteuerung der Kooperativgenossenschaften erweckt allgemeinen Widerspruch, jedoch scheint man auf dem Standpunkt zu stehen, daß der geringe Steuersatz von 5 % eine Belastung von irgend welchen schädlichen Folgen nicht darstelle, und in einigen Kreisen sieht man in ihr den erweiterungsfähigen Anfang für ein neues Steuersystem. In der gegenwärtigen Form wird der Ertrag dieser Steuer für das laufende Finanzjahr auf 3 Mill. £, für ein volles Finanzjahr auf 35 Mill. £ geschätzt.

3. Die Erhöhung der Abgaben auf alkoholische Getränke (Spirituosen von 50 s auf 72 s 6 d je prf. g, Bier von 70 s auf 100 s je standard barrel, Wein verdoppelt und für Schaumweine außerdem ein Wertzuschlag) soll 40 (bzw. 50) Mill. £ mehr ergeben. Die Steuer findet ihre Begründung einerseits in der ungleichmäßigen Besteuerung der alkoholischen Getränke, die ohnehin eine Revision notwendig machte, und andererseits in dem gesteigerten Konsum. Statt daß das Publikum sich durch die starke Mehrbelastung der alkoholischen Getränke durch das vorjährige Budget hätte einschüchtern lassen, ist es, aller Propaganda der Teetotaler und des Pussifoot Johnson zum Trotz, weit stärker gestiegen, als man mit dem natürlichen Zuwachs der Bevölkerung begründen kann. Der Mehrertrag wird für das laufende Finanzjahr auf 49,7, für ein volles Jahr auf 58,6 Mill. £ geschätzt.

Von allen Seiten wird diese Maßregel aufs lebhafteste begrüßt. Die Steuer wird durch Erhöhung der Höchstpreise von der Produktion auf das Publikum überwältzt werden.

4. Eine neue Steuer wird auf Kraftfahrzeuge und Zweiräder gelegt werden; man schätzt ihren Ertrag auf 4,5 bzw. 9 Mill. £; dagegen wird die Abgabe auf Automobilbenzin und die Lizenz für Automobil und Zweirad abgeschafft, so daß der Nettoerlös der neuen Steuer nur 2,4 (bzw. 5,6) Mill. £ betragen wird, die durch den Straßenbau und die Straßenverbesserungen mehr als ausgeglichen werden.

5. Alle Postgebühren sollen erhöht werden; das vergangene Finanzjahr hat unter der Rubrik Post ein Defizit von ca. 12 Mill. £ aufgewiesen; im laufenden Finanzjahr soll die Post aus einem verlustbringenden zu einem gewinnbringenden Unternehmen gestaltet werden. Das Briefporto wird deshalb auf 2 d erhöht für Briefe bis zu 3 Unzen (früher 1½ d bis zu 4 Unzen) und für jede weitere Unze (früher 2 Unzen) ½ d mehr. Das Zeitungsorto soll fortan bis 6 Unzen 1 d betragen (früher ½ d) und ½ d (unverändert) für jede weitere 6 Unzen. Die Telegrammgebühr wird erhöht und beträgt zum mindesten 1 s für 12 Worte (früher 9 d), jedes weitere Wort 1 d statt ½ d. Auch die übrigen Postgebühren sind erhöht. Über die Erhöhung der Telephonegebühren sollen dem Parlament noch detailliertere Vorschläge zugehen. Man hofft auf diese Weise eine Mehreinnahme von 6½ bzw. 9½ Mill. £ zu erzielen. Nach diesen Tarifierhöhungen würden schätzungsweise Einnahmen von 53,1 Mill. £, Ausgaben von 49,7 Mill. £ gegenüberstehen, und somit ein geringer Gewinn von rund 3 Mill. £ aus der Post erzielt werden.

Diesen Steuererhöhungen stehen auch Maßregeln gegenüber, die eine Verminderung der Einnahmen bewirken. Was die Abschaffung der 1909 von Lloyd George und Asquith mit viel Lärm und Aufwand demagogischer Künste eingebrachten Landwertsteuer (land values duty) betrifft, so ist sie ohne Bedeutung. Das Gesetz hat sich

schon immer als undurchführbar erwiesen; die Abschätzung des Grund und Bodens ließ sich nicht bewerkstelligen, so daß man schon seit langem die Abschaffung dieser teuren Steuer erwartet hat.

Von allergrößter Bedeutung sind die Reformen der Einkommensteuer, die in Gemäßheit der Vorschläge einer parlamentarischen Kommission zur Durchführung gelangen sollen. Zwar bleibt der Grundsatz erhalten, daß 6 s vom £ als Einkommensteuer entrichtet werden, aber das steuerfreie Minimum wird für alle unverheirateten Personen für den Fall des Arbeitseinkommens von 135 auf 150 £ erhöht, und bleibt nur für Einkommen aus Kapitalprofit auf 135 £ bestehen; für Verheiratete wird es von 170 auf 250 £ bzw. auf 225 erhöht; bei Ehepaaren mit drei und mehr Kindern findet eine weitere Erhöhung von 250 auf 350, bzw. 300 £ statt. Für die darauf folgenden Einkommenstufen wird nur die halbe Einkommensteuer in Anrechnung gebracht; bei Ledigen ist hierfür die Steuergrenze 400 bzw. 360 £, bei Verheirateten 500 bzw. 450 und bei Familien mit über drei Kindern 600 bzw. 540 £. Die darauf folgenden Einkommen werden zur vollen Steuer herangezogen bis bei 2000 £ (früher 2500 £) der Steuerzuschlag (super tax) in Anrechnung gebracht wird. Dieser Zuschlag ist gestaffelt und erreicht seinen höchsten Satz mit 6 s im £, so daß größere Kapitalien etwa 12 s vom £ (= 60 %) Steuer zahlen; ganz wird diese Summe natürlich, da die Sätze durchgestaffelt sind, nicht erreicht. Das Ergebnis dieser Reform ist ein Rückgang in den Einnahmen aus Steuern um 11,5 (bzw. 20,2) Mill. £; weitere 0,5 (bzw. 2) Mill. £ kommen in Wegfall durch Maßregeln zur Beseitigung der Doppelbesteuerung für Zensiten, deren Einkommen in den Kolonien und im Mutterland der Besteuerung unterliegen. Dagegen bringen die Steuererhöhungen unter dieser Rubrik 8,8 (bzw. 11) und die Abschaffung von zeitweiligen Kriegsvergünstigungen an Soldaten und Matrosen usw. 2 (bzw. 3,9) Mill. £ mehr, so daß der Gesamtverlust aus der gegenwärtigen Einkommensteuerreform nur 1,2 (bzw. 16,3) Mill. £ ausmacht. *Fr. Th. Plant*

Holland

Zum Streik der Hafen- und Transportarbeiter

Am 14. 2. brach der große Streik der Hafen- und Transportarbeiter aus, der das ganze Land umfaßte und dadurch von großer Bedeutung für die internationalen Schiffsahrts- und Handelsverhältnisse wurde. Die Gründe für diesen Ausstand waren sowohl wirtschaftlicher als politischer Natur.

Wie in Hamburg, London und andern größeren Seehäfen hatte die schwierige Lage der Hafenarbeiter in Rotterdam und Amsterdam schon vor dem Kriege häufig Anlaß zu erbitterten Lohnkämpfen gegeben. Nur ein kleiner Teil dieser Arbeiter kann festangestellt werden, der größere Teil derselben arbeitet im Taglohn und befand sich stets in sehr unsicherer Lage. Es kam hinzu, daß die geringe Zahl organisierter Arbeiter und die große Zersplitterung der einzelnen Organisationen in Holland eine Regelung der Arbeitsverhältnisse noch bedeutend erschwerte. Als während des Krieges der Schiffsverkehr außerordentlich zurückging, nahmen diese Organisationen den Arbeitsnachweis und die Verteilung der Arbeitslosenunterstützung selbst in die Hand. Die Folge war hier, wie in der gesamten holländischen Arbeiterbewegung, eine Zunahme der Gewerkschaften. Erst später wurden die genannten Aufgaben von der „Hafenreserve“ übernommen,

in der die nicht festangestellten Arbeiter zusammengefaßt wurden. Im Januar d. J. betrug die Zahl der festen Arbeiter in Rotterdam 3200, die der Hafenreserve 6300, während die Zahlen für Amsterdam 2600 bzw. 2100 sind.

Zur Regelung der Lohnfragen wurde im Dezember 1918 ein Lohnrat der Transportbetriebe eingesetzt, dem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören. Der Taglohn für Hafenarbeiter, der vor dem Kriege etwa 3 fl betrug, wurde auf 5,50 fl festgesetzt und im Juli v. J. auf 6,50 fl erhöht. Die Hoffnungen auf einen Preisrückgang nach dem Kriege verwirklichten sich nicht; die Kosten für die Lebenshaltung des Arbeiters haben sich gegen die Vorkriegszeit jezt mehr als verdoppelt. Als im Dezember ein neuer Tarifvertrag vereinbart werden sollte, verlangten die Arbeiter einen Taglohn von 8 fl, während die Arbeitgeber nur 7 fl bewilligen wollten. Da keine Einigung zu erzielen war, erfolgte im Februar der Ausstand.

Auch die Seeleute forderten eine Erhöhung des Lohnes. Diese verdienten vor dem Kriege monatlich etwa 50 fl und verlangten nun 180 fl. Die Reedereien wollten aber nur 145 fl bewilligen. Die Forderungen der Seeleute wurden von der Internationalen Föderation der Seeleute

unterstützt, da die holländischen Löhne nicht in Einklang mit dem internationalen Grundlohn von 15 £ stehen. Besonders die amerikanischen Seeleute, deren hohe Löhne den Wettbewerb ihrer nationalen Schifffahrt sehr erschweren, drangen auf den Streik. Der amerikanische Seemannsbund und der englische Transportarbeiter- und Seemannsbund haben darauf den Boykott für die holländischen Schiffe erklärt.

Ein Urteil über die Berechtigung aller dieser Forderungen ist schwierig zu fällen. Erkennt man das Verlangen der Seeleute auf internationale Gleichsetzung der Löhne als berechtigt an, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß 15 £ nach dem heutigen Stand der Wechselkurse etwa 150—160 fl entsprechen würden. Die Forderung von 180 fl erschiene danach zu hoch. Noch schwieriger sind die Verhältnisse der Hafenarbeiter zu überblicken. Ein Vergleich der Stundenlöhne würde zu ganz falschen Ergebnissen führen, da im Februar v. J. die Arbeitszeit auf 8 Stunden beschränkt ist. Der Arbeiter muß heute in kürzerer Zeit seinen Lebensunterhalt verdienen und ist daher auf einen entsprechend höheren Stundenlohn angewiesen. Andererseits fällt für ihn die Möglichkeit höheren Verdienstes durch längere Arbeit fort, wie das vor Einführung des Achtstundentages die Regel war. Die Arbeitgeber haben ihrerseits hierdurch sehr viel größere Ausgaben, die indessen bei ihren guten Gewinnen während und nach dem Kriege voll gedeckt werden. Zum Teil erfolgte die ablehnende Haltung der Reeder auch im Hinblick auf die politische Lage.

Nur die sozialistischen Gewerkschaften waren in den Streik getreten, d. h. der sozialdemokratische Zentralverband und die unabhängig-syndikalistische Föderation der Transportarbeiter. Die katholischen Organisationen beteiligten sich nicht am Lohnkampf, legten aber die Arbeit nieder, um den Streikenden nicht in den Rücken zu fallen. Die andern konfessionellen Verbände arbeiteten weiter, trotzdem auch sie hinter den Forderungen standen.

So drohte die Bewegung von vornherein in das kommunistische Fahrwasser zu geraten. Dies wurde noch durch die Zuwendung von 20 000 fl Streikunterstützung bestärkt, die ein Vertreter der russischen Sowjetregierung der Föderation auszahlte. Im Hintergrund der Bewegung standen radikale

Führer, die auf eine Sozialisierung des Wirtschaftslebens hinarbeiteten.

Da es sich bei diesem Streik nicht um Lohnfragen allein handelte, lehnte die niederländische Regierung es ab, einen Schiedsspruch zu fällen und damit für diesen die Verantwortung zu übernehmen. Ein Versuch, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu vermitteln, schlug fehl. Der Standpunkt der Regierung wird durch einen Gesetzentwurf über die Bekämpfung revolutionärer Wühlereien gekennzeichnet.

Der Schaden, den das holländische Wirtschaftsleben durch den Streik erleidet, ist sehr groß. Der Schiffsverkehr blieb noch hinter dem desselben Zeitraums von 1919 zurück. Anfangs weigerten sich die Streikenden sogar, die für Deutschland und Wien bestimmten Lebensmittel zu löschen. Fischer, technische Studenten, die Besatzungen fremder Schiffe und andere Arbeitswillige verrichteten die notwendigsten Arbeiten. Anfang April war die Zahl der Arbeitenden im Hafen von Amsterdam auf 2600 gestiegen. Um den Erfolg zu sichern, suchte die Föderation den Streik auf die Gemeinde- und Eisenbahnbeamten und die Metallarbeiter auszudehnen. Hierbei stieß sie jedoch auf Widerstand in der Arbeiterschaft selbst. Da die konfessionellen Organisationen sich nicht am Ausstand beteiligten, hätte diese Maßnahme wohl kaum zum Ziel geführt. Infolgedessen sahen sich die Arbeiter genötigt, am 26. 4. auf der Grundlage der Angebote der Arbeitgeber die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Löhne sollen aber auf dem Verhandlungswege noch geändert werden. Der Streik hat 10 Wochen gedauert.

Wenn damit die Gefahr radikaler Experimente für das holländische Wirtschaftsleben vorläufig beseitigt ist, darf man nicht die schweren Schäden übersehen, die neben den Unternehmern den Arbeitern selbst erwachsen. Der Streik ist von ihnen mit sehr großen finanziellen Opfern aufrecht erhalten worden. *) Mit seinem Zusammenbruch ist der Bestand aller jener Organisationen gefährdet, die während des Krieges entstanden sind und zum Teil wertvolle Arbeit geleistet haben. Auch für Deutschland, das jetzt in so hohem Maße von dem Verkehr in den holländischen Häfen abhängig ist, werden diese Arbeitsverhältnisse von Bedeutung sein.

Wolfgang Hensel

*) Er hat dem Zentralverband der Transportarbeiter etwa 800 000 fl gekostet.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	27. 4.	27. 4.	26. 4.	27. 4.
Amsterdam, 100 fl.	2123,75	2115,—	—	206,25
Barcelona, 100 Pesetas	—	990,—	46,50	95 50
Berlin, 100 M	—	—	4,77 ¹ / ₂	9,75
Brüssel, 100 fr	362,50	362,50	17,30	35,80
Budapest, 100 K	—	26,—	—	—
Buenos Aires	—	—	—	250,—
Helsingfors, 100 FM	320,—	320,—	—	—
Kopenhagen, 100 Kr.	1000,—	995,—	47,—	97,—
Kristiania, 100 Kr.	1130,—	1155,—	53,50	109,—
London, 1 £	223,25	222,—	10,64	21,72
Madrid, 100 Pesetas	—	990,—	46,50	95,50
New York, 1 \$	57,35	58,25	2,74 ¹ / ₂	5,68
Paris, 100 fr	335,—	342,50	16,25	33,15
Prag, 100 K	92,50	92,—	—	8,65
Rom, 100 Lire	255,—	240,—	12,25	24,30
Stockholm, 100 Kr.	1232,41	1240,25	59,40	121,—
Wien, 100 K neu	28,—	28,50	1,42 ¹ / ₂	2,80
Zürich, 100 fr	1023,75	1035,—	48,60	—

	Wien	Prag	Paris	London*)	New York
	27. 4.	27. 4.	26. 4.	22. 4.	26. 4.
Amsterdam, 100 fl	74,75	—	628,—	—	—
Berlin, 100 M	390,—	114,25	29,—	—	1,59
Kopenhagen, 100 Kr	36,25	—	288,25	24,70	—
London, 1 £	—	—	65,37 ¹ / ₂	—	3,77 ¹ / ₄ 50 %
New York, 1 \$	—	—	1695,50	3,97	—
Paris, 100 fr	—	—	—	—	17,—
Wien, 100 K	—	28,75	—	—	—
Zürich, 100 fr	37,—	—	300,50	22,95	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländischen Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

	27. 4.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark	—91,95	—92,10	—88,19	—90,55	+231,75	—
Dt. österr. Krone	—97,18	—97,33	—	—	—	—
Französ. Frank	—66,15	—66,85	—50,69	—61,11	—	—
Pfund Sterling	—10,48	—13,88	+24,06	+0,01	—	—
Dollar	+10,34	+9,65	+65,14	+27,34	—	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	14. 4.	24. 4.
Alexandrien	97 ⁷ / ₁₆ pari	97 ⁷ / ₁₆ pari
Bombay/Kalkutta ..	2 s 3 ¹¹ / ₁₆ d—2 s 3 ³ / ₁₆ d	2 s 3 ³ / ₁₆ d—2 s 4 d
Hongkong	4 s 7 ¹ / ₂ d	4 s 10 ¹ / ₂ d
Schanghai	6 s 4 d—6 s 10 d	6 s 9 d—6 s 11 d
Singapore	2 s 3 ³ / ₄ d—2 s 4 d	2 s 3 ⁵ / ₈ d—2 s 3 ⁷ / ₈ d
Yokohama	2 s 5 d—2 s 5 ¹ / ₄ d	2 s 5 ¹ / ₄ d—2 s 5 ³ / ₄ d
Montevideo T.T.	60 ¹ / ₄ d—60 ³ / ₄ d	59 ³ / ₄ d—60 ¹ / ₄ d
Rio de Janeiro	16 ³ / ₈ s d	16 ³ / ₈ s d
Buenos Aires T.T.	59 ¹ / ₂ d—60 ³ / ₈ d	60 ³ / ₈ d—60 ⁷ / ₈ d
Valparaiso 90 T.	13 ⁷ / ₃₂ d	12 ¹¹ / ₁₆ d

Geldverfassung und Währungspolitik

Die Verordnung über die Regelung der Eisenwirtschaft enthält auch eine Bestimmung, wonach Abreden, die den vom Eisenwirtschaftsbund festgesetzten Verkaufsbedingungen zuwiderlaufen oder eine Umgehung derselben oder der Preise darstellen, nichtig sind. Wie aus der Antwort des Reichswirtschaftsministers auf die Anfrage eines Abgeordneten hervorgeht, fällt hierunter auch die Forderung von ausländischen Devisen gegenüber inländischen Eisenabnehmern. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 273 v. 15. 4. 20.)

Die Reichsbank hat ihren Ankauftspreis für Silbergeld von bisher 8 *M* für die Silbermark zunächst auf 7 *M* und dann weiter auf 6 *M* ermäßigt. Sie ist damit der Preisentwicklung gefolgt, die das weiße Metall am Weltmarkt eingeschlagen hat. Da die Silbermark 5 g Feinsilber enthält, steht jetzt der Ankauftspreis der Reichsbank im Einklang mit der Silbernotierung in Hamburg, die sich am 15. 4. auf 1200 *M* bez. für das kg. Fein stellt, nachdem sie vorübergehend am 14. 4. sogar auf 875 bis 885 *M* bez. gesunken war. Wie die letzten Ausweise der Reichsbank erkennen lassen, ist es ihr denn auch gelungen, verhältnismäßig große Posten Silbermünzen an sich zu ziehen; denn die Zugänge zum Metallbestand nach Abzug der Goldeingänge weisen von Ausweis zu Ausweis steigende Ziffern aus, wobei noch damit zu rechnen ist, daß es sich hierbei nicht um reine Zugänge handelt, daß vielmehr vorweg schon Beträge für Zahlungen im Auslande abgezweigt sind. Unserer Notenbank kam dabei zu Hilfe, daß nicht nur die Ausfuhr von Silbermünzen verboten und nach Möglichkeit überwacht wurde, sondern daß auch der private Ankauf von Silbermünzen unter Verbot gestellt war. Mehr allerdings als dieses Verbot half ihr, daß sie höhere Summen in Papiermark zahlte, als allmählich infolge der Silberentwertung im freien Markt für Silbergeld zu erhalten war; denn schließlich brachten selbst die Silberhamster ihre Schätze, die sie zu höheren Preisen als 8 *M* für die Silbermark erworben hatten, zur Reichsbank, um sich vor weiterem Schaden zu bewahren. Wir geben in der folgenden Tabelle eine Übersicht über die Entwicklung des Silberpreises seit Beginn des Jahres, und zwar in London für die Unze (31,1 g) Standardsilber in Pence und in Hamburg für das kg. Feinsilber in Mark:

	2. 1.	14. 1.	2. 2.	11. 2.	28. 2.	16. 3.	31. 3.	14. 4.
London ...	75 ⁷ / ₈	78 ¹ / ₂	84 ³ / ₈	89 ¹ / ₂	83 ¹ / ₈	67 ⁷ / ₈	72 ⁵ / ₈	68 ³ / ₄
	11. 3. 29. 3.							
Hamburg ..	1335	1465	2175	2230	2200	1630	1600	1200
Vor dem Kriege notierte London etwa 24 d und Hamburg rund 75 <i>M</i> .								

Die Abstempelung der Kronennoten in Polen ist nunmehr Tatsache geworden. Bei den Durchführungsbestimmungen fällt die Maßnahme auf, daß ohne Rücksicht auf die Höhe des umzutauschenden, abzustempelnden Betrages, von einigen Ausnahmefällen abgesehen, bloß 15 000 gestempelte Kronen oder der Gegenwert in polnischer Mark zur Auszahlung gelangen. Der Restbetrag wird gegen Ausfolgung eines Depotscheines zurückbehalten. Die Regierung hat offenbar das Bestreben, die Kronennoten so rasch wie möglich aus dem Verkehr zu ziehen,

um der Markwährung die Führung zu sichern. („Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 169 v. 13. 4. 20.)

Das britische Schatzamt veröffentlicht eine Liste derjenigen Dollar-Wertpapiere, die es anzukaufen wünscht, um dadurch die englische Valuta zu stützen und die Rückzahlung auf die im Oktober fälligen, großen schwebenden Kredite zu erleichtern. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 258 v. 9. 4. 20.)

Staatsanleihen

Die noch umlaufende, bisher nicht verlorene Serie VII der auslosbaren 5 % Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1914 (1. Kriegsanleihe) wird am 1. 10. 20 zur Rückzahlung fällig. („Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 164 v. 10. 4. 20.)

Das Ergebnis der französischen Anleihe, deren Zeichnung am 20. 3. abgeschlossen wurde, beträgt nach Angabe des Finanzministers 15 700 Mill. fr. Hiervon entfallen 6800 Mill. fr auf Barzeichnungen, der Rest auf Konversionen, und zwar 8000 Mill. fr auf „Bons de la Défense“, 560 Mill. fr auf „Obligations de la Défense“, 376 Mill. fr auf in Zahlung gegebene französische Rentenkupons und 4 Mill. fr auf andere Werte. Die vier vorher ausgegebenen Nationalverteidigungsanleihen hatten folgendes Ergebnis (in Mill. fr):

	Nominalbetrag	Effektiver Betrag	in bar	davon: in Bons de la Défense
5%ige 1915...	15 205	13 308	6285	2 244
5%ige 1916...	11 514	10 082	5425	3 693
4%ige 1917...	14 803	10 171	5134	4 585
4%ige 1918...	30 690	21 744	7099	12 953

Weit über ein Drittel der Zeichnungen der neuen Anleihe wurde durch die Bank von Frankreich aufgebracht, nämlich 6500 Mill. fr. Weitete 3900 Mill. fr vermittelten die Kreditinstitute, 4900 Mill. fr die staatlichen Rechnungsbehörden. Auf die Kolonien entfallen 84 Mill. fr. Die Zeichnungen des Auslands sind unerheblich und belaufen sich auf 275 Mill. fr, davon etwa 97 Mill. aus den Vereinigten Staaten. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 276 v. 16. 4. 20.)

Der Senator de Monzie bezifferte in einer der letzten Sitzungen des französischen Senats den Betrag der in französischem Besitz befindlichen russischen Staatspapiere auf 13,90 Mill. fr ohne Einrechnung der Zinsrückstände. Bei Hinzunahme der Stadtanleihen, Handelswechsel und der französischen Industrieinteressen in Rußland erhöhte sich der Betrag auf 25 Milliarden. Monzie fordert ein Prioritätsrecht für die französischen Gläubiger. Diese dürften nicht gegenüber den Engländern und Japanern ins Hintertreffen geraten, die schon Pfandsicherheiten erlangt hätten. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 273 v. 15. 4. 20.)

Nach einem Bericht, den der amerikanische Schatzsekretär dem Senat erstattete, betrugen die unbezahlten Zinsen auf Anleihen fremder Staaten in den Vereinigten Staaten bis Ende November 19 236 240 114 \$. Die Zinsen für das nächste Jahr schätzte er auf 463 215 613 \$. In der Hauptsache kommen folgende Staaten in Betracht:

	\$	\$
Belgien	8 370 381	16 822 078
Frankreich	65 858 101	139 094 272
Großbritannien ..	105 503 126	211 828 890
Italien	39 228 303	79 595 569
Rußland	15 051 977	9 399 365
Tschechoslowakei ..	—	2 515 004

Nach einer Ausslassung des Schuldenverwalters für Anleihen der Alliierten in Amerika soll sich die Durchschnittsverzinsung auf 4,26 % stellen. („Industrie- und Handels-Zeitung“, Nr. 79 v. 15. 4. 20.)

Da die amerikanische 4 % Staatsanleihe bis auf 88 % zurückgegangen ist, hat die Regierung beschlossen, weitere Staatsschuldspapiere zu 5½ % zu verzinsen. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 272 v. 14. 4. 20.)

Jahresergebnisse deutscher Aktiengesellschaften 1919 bzw. 1919/1920

Namen Ort	Rechnungs- jahr endend	Aktien- Kapital	Vorrechts- Anleihen	Hypotheken	u. Spezial- Reserve	Sonstige Rücklagen	u. Vortrag	Abschreibungen		Reingewinn (nach Abschreibungen) in 1000 M.	Rentabilität: (7+8) in % v. Spalte 3—6	Dividenden				
								Summe in 1000 M.	in % vom Wert			1919 19/20	1918 18/19	1917 17/18	1916 16/17	1915 15/16
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
A. G. f. Bergb., Blei u. Zinkfabrikat., Aachen	31/12	16 919	5 256	3 995	94	254	9,59	4 172	16,85	20	6	9	10	9		
Grube Leopold b. Edderitz A.-G.	31/12	12 000	12 215	1 719	46	1 558	7,58	1 376	11,29	10	10	10	8	9		
Hallesche Pfännerschaft A.-G., Halle	31/12	14 000	6 641	630	?	1 399	8,55	* 2 335	—	0	5	8	6	6		
„Ilse“, Bergbau A.-G., Grube Ilse	31/12	22 500	28 104	14 987	4 160	6 387	8,46	2 190	12,30	St. 10 V. 3	22 6	26 6	26 6	26 6		
Oberschles. Eisenbahnbed. A.-G., Gleiwitz	31/12	48 000	33 855	4 800	953	6 364	9,92	3 466	39,56	6	14	14	10	6		
Graphitwerk Kropfmühl A.-G., München	31/12	5 940	5	49	24	514	8,06	353	14,45	?	5 1/2	7	0	0		
Kaliwerke Aschersleben	31/12	22 500	10 935	3 738	91	3 481	23,60	17 494	56,29	30	7	7	5	5		
Salpeterwerke Gildemeister A. G., Bremen	31/12	5 800	—	329	?	1 582	21,85	15	0,24	0	5 1/2	7	0	10		
Triplis A.-G., Triplis (Porzellanfabrik)	31/12	6 000	829	900	195	13	3,12	970	12,41	12	8	6	4	4		
Ver. Portland-Cement u. Kalkwerke Schi- mischow und Silesia Oppeln A.-G.	31/12	5 400	460	540	626	703	13,78	507	16,12	10	17	10	8	6		
C. Heckmann A.-G., Duisburg	30/9	10 000	3 767	914	320	239	5,37	*) 223	—	0	0	8	13	15		
„Kronprinz“ A.-G. f. Metallindustrie, Ohligs	31/12	11 200	—	2 240	787	142	10,83	1 856	14,04	15	15	15	15	25		
Rheinische Metallwaren- und Maschinen- fabrik, Düsseldorf	30/9	12 300	3 964	?	31 338	973	5,12	*) 2 850	—	0	0	0	18	18		
Gebr. Körting A.-G., Linden-Hannover	31/12	19 000	12 937	1 900	250	1 223	13,66	3 178	12,91	15	10	10	10	10		
Hackethal-Draht und Kabelwerke A.-G., Hannover	31/12	7 000	—	1 400	540	534	27,47	1 402	20,43	20	18	22	22	22		
Land- u. Seekabelwerke A.-G., Cöln-Nippes	31/12	6 000	—	600	66	95	7,84	988	16,25	15	12	12	12	11		
Nordd. Seekabelwerke A.-G., Nordenham	31/12	6 000	—	1 600	520	81	4,27	*) 128	—	0	0	4	4	4		
Elektrizitätswerk Schlesien A.-G., Breslau	31/12	10 000	10 065	200	3 683	1 287	4,36	882	9,31	7 1/2	2	4	5	5		
Sachsenwerk, Licht u. Kraft A.-G., Dresden	31/12	15 000	783	2 970	575	1 756	36,97	2 150	20,21	20	20	30	20	18		
Zwickauer Elektrizitätswerk u. Straßen- bahn A.-G., Zwickau	31/12	9 000	4 014	350	4 089	900	5,98	464	7,82	St. 4 V. 6	3 6	3 6	2 6	0 6		
Lingner Werke A.-G., Dresden	31/12	6 000	2 500	540	86	265	11,18	1 024	14,12	15	15	17	15	12		
Rütgerswerke A.-G., Berlin	31/12	30 000	13 890	10 900	4 212	4 210	15,52	4 144	14,16	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12		
Sacharinfabrik A. G., vorm. Fahlberg, List & Co., Magdeburg	31/12	7 500	5 664	1 263	564	1 262	10,—	1 702	19,88	15	6	15	12	10		
Fritz Schulz jr. A.-G., Leipzig	31/12	5 225	1 500	1 172	410	447	14,48	1 782	26,80	25	25	25	23	18		
Silesia, Verein chem. Fabriken, Idahütte	31/12	5 640	1 278	664	1 733	602	25,35	1 900	26,88	15	12	13	12	9		
Mineralölwerke Rhenania A.-G., Düsseldorf	31/12	15 000	316	57	6 267	2 173	12,38	801	3,70	?	5	0	0	0		
Bremer Linoleumwerke, Delmenhorst	31/12	5 500	1 824	1 342	801	145	4,74	*) 356	—	0	0	10	10	10		
Schoellersche und Estorfer Kammgarn- Spinnerei A.-G., Breslau	31/12	6 100	—	774	56	187	18,12	730	10,53	10	11	12	10	7		
Berliner Holzkontor A.-G., Berlin	31/12	6 000	1 520	1 101	2 381	428	6,24	3 141	32,44	22	14	8	0	0		
Helvetia Conservenfab., Groß-Gerau A. G.	31/12	5 000	350	1 100	?	71	5,98	552	9,66	10	10	14	14	12		
Vereinigte Fränkische Schuhfabriken, vorm. Brust, Nürnberg	31/12	9 000	726	1 790	1 803	186	7,68	2 702	21,69	18	14	18	20	15		
Danziger Privat-Aktien-Bank, Danzig	31/12	20 000	—	4 928	202	38	3,58	2 030	8,23	8	7 1/2	7 1/2	7	6		
Eisenbahn-Bank, Frankfurt a. M.	30/9	10 000	30 765	378	300	—	—	*) 2979	1	0	0	7	7	8		
Vereinsbank in Hamburg	31/12	37 500	—	7 750	861	202	5,16	4 066	9,25	9	9	10	9	8		
Württembergische Notenbank, Stuttgart	31/12	9 000	2)	2 052	607	—	—	144	12,37	4	7	7	7	5		
Berliner Hypothekenbank A.-G., Berlin	31/12	22 700	3)	4 870	1 190	—	—	1 620	9,77	5 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2		
Hessische Landes Hypothekenbank A.-G., Darmstadt	31/12	14 000	4)	1 000	1 169	—	—	679	4,20	4	4	4	4	4		
Süddeutsche Bodenkreditbank, München	31/12	27 000	5)	13 294	2 300	—	—	3 357	8,27	8	8	8	7 1/2	7 1/2		
Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Cöln	31/12	10 000	6)	1 620	770	—	—	776	6,27	6	6 1/2	6	6	6		
Hamburger Hochbahn A.-G., Hamburg	31/12	103 530	6 964	350	6 293	815	0,76	747	1,33	7) A 5 B 1 1/2	5	5 1/2	4	0		
Stuttgarter Straßenbahnen, Stuttgart	31/12	9 000	4 904	900	478	703	4,50	*) 9	—	0	9	10	9	6		

*) Verlust. 1) Zur Deckung des Verlustes sind die Reserven mit 678 000 M. herangezogen und Saldoverlust 1918 M. auf neue Rechnung vorgetragen. 2) Banknoten 32 055 000 M. im Umlauf. 3) Pfandbriefe und Kommunalobligationen 252 601 320 M. im Umlauf. 4) Pfandbriefe und Kommunalverschreibungen 207 777 500 M. im Umlauf. 5) Pfandbriefe 489 662 500 M. im Umlauf. 6) Pfandbriefe 14 756 700 M. im Umlauf. 7) Staatliche Zuzahlung 3 1/2 %) auf A-Aktien = 525 000 M. Fab. Landau

Bei den Gesellschaften, von denen wir keine Jahresabrechnung erhalten haben, sind die Angaben, wie sie im Reichsanzeiger veröffentlicht wurden, gebracht und ist daher die Verteilung des Reingewinnes nicht zu erschen. Wir ersuchen daher alle Aktiengesellschaften um Zusendung der Jahresabrechnungen.

Schiffahrt und Schiffbau

Japan

Ausdehnung des japanischen Liniennetzes. Die erhöhte Bedeutung, die die japanische Schiffahrt dank ihrer glänzenden Kriegsentwicklung für den Weltverkehr gewonnen hat, zeigt sich besonders eindrucksvoll in der großen Anzahl ihrer neuen regelmäßigen Überseelinien, deren Aktionsradius zum Teil auf die westliche Hemisphäre herübergreift. Die Beteiligung der japanischen Flagge an der transozeanischen Fahrt ist kaum ein Vierteljahrhundert alt. Mitte der 90er Jahre trat die Nippon

Yusen Kaisha mit Eröffnung ihrer regelmäßigen Fahrten nach Europa, Amerika und Australien zum ersten Mal aus ihrem bisherigen Tätigkeitsfeld, der Fahrt in den heimischen Gewässern, heraus, und 10 Jahre später folgte die Osaka Shosen Kaisha ihrem Beispiele. Bei Kriegsausbruch bestand zwar bereits eine Reihe regelmäßiger japanischer Linien im Pazifik, aber erst der Krieg hat den Japanern die Möglichkeit eines großzügigen Ausbaues ihres Liniennetzes gebracht. Mit dem Wegfall der deutschen Schiffahrt und der Verminderung des

englischen Linienverkehrs war das Feld für die japanischen Gesellschaften frei. Neue Verbindungen mit Britisch-Ostindien, Niederländisch-Indien und der Südsee wurden in schneller Folge geschaffen und verwoben sich mit den bereits bestehenden Linien allmählich zu einem beherrschenden japanischen Verkehrsnetz in den ost- und südostasiatischen Gewässern. Dazu kam dann die Eröffnung des Panamakanals, der der japanischen Flagge einen neuen Weg in das atlantische Verkehrsgebiet erschloß, und japanische Linien nach den Häfen der amerikanischen Ostküste und Europa entstehen ließ. Einige von den während des Krieges neu eingerichteten Verbindungen haben sich nicht als lebensfähig erwiesen und mußten wieder aufgegeben werden, die meisten aber versprechen dauernden Bestand. Einen interessanten Überblick über die während des Krieges geschaffenen Linien einiger wichtiger japanischer Gesellschaften gibt folgende vom Beginn dieses Jahres datierte Liste:

Nippon Yusen Kaisha

Linie	Dienst	Abfahrten	Schiffe
Japan—Liverpool (ausgehend via Suezkanal, heimkehrend via New York).....	Fracht	monatlich	6
Japan—San Francisco—New York (via Panama).....	"	"	6
Japan—Ostküste Südamerika (via Kap der guten Hoffnung)....	Passagier u. Fracht	alle 2 Monate	3
Calcutta—New York..	Fracht	monatlich	6
Japan—Neu Seeland ..	"	4 mal jährlich	1
Japan—Java—Kalkutta	"	monatlich	3
Japan—Hamburg	"	"	6
Japan—Südseeinseln. (Nebenlinie).....	Passagier u. Fracht	10 mal jährlich	1
Osaka—Hankow	Fracht	monatlich	1
Osaka—Tsingtau	Passagier u. Fracht	"	1
Calcutta—Südamerika	Fracht	"	3

Osaka Shosen Kaisha.

Japan—London (ausg. via Suezkanal, heimkehr. via New York)	Fracht	monatlich	7
Japan—Marseille (via Suezkanal).....	"	"	2
Bombay—Genua—Marseille.	"	alle 2 Monate	2
Japan—Ostküste Südamerikas (ausg. via Kap d. gut. Hoffnung, heimk. entweder um d. Kap d. guten Hoffnung oder durch den Panamakanal)	Passagier u. Fracht	7 mal jährlich	4
Japan—Melbourne ...	"	monatlich	4
Osaka—Hongkong—Niederl.-Indien ..	"	"	3
Osaka—Tsingtau	"	"	1
Java—Kalkutta	Fracht	"	3
Java—Bangkok	"	14 tägig	2
Hongkg.—New Orleans	"	9 mal jährlich	3
Keelung—Saigon—Singapore	"	monatlich	2

Toyo Kisen Kaisha

Japan—New Orleans ..	Fracht	monatlich	—
----------------------	--------	-----------	---

Mitsubishi Gochi Kaisha

Kobe—Singapore	Fracht	alle 2 Monate	—
Singapore—Amoy ...	"	"	—
Singapore—Borneo ..	"	monatlich	—
Keeling—Hongkong—Manila	"	alle 6 Wochen	—
Osaka—Hankow	Passagier u. Fracht	"	—

Yamashita Kisen Kaisha

Bangkok—Indien	Fracht	10 mal jährlich	3
Takao—Kanton	"	"	2
Japan—Indien—Nordamerika	"	6 mal jährlich	—
Singapore—Java—Port Said	"	12 mal jährlich	—

Linie	Dienst	Abfahrten	Schiffe
	Taiyo Kaikum Kaisha		
Japan—Melbourne	Fracht	monatlich	—
Dairen—Seattle	"	"	—
	Towa Risen Kaisha		
Tsuruga—Wladiwostok			

Mit einiger Sicherheit läßt sich voraussagen, daß die Zukunft ein Wachsen des japanischen Anteils an der atlantischen Fahrt bringen wird. In den Häfen der amerikanischen Ostküste mehrte sich die Zahl der japanischen Schiffsagenturen, und eine Reihe englischer und kontinentaler Häfen sind bereits zu Stützpunkten japanischer Linien geworden. So wies beispielsweise der Rotterdammer Schiffsverkehr, in dem vor dem Kriege die japanische Flagge gänzlich fehlte, im vergangenen Jahr bereits eine japanische Verkehrsräume von mehr als 500 000 Br. R. T. auf. Der in der obigen Liste enthaltenen Linie der Nippon Yusen Kaisha nach Hamburg (und Bremen) hat sich neuerdings eine Linie der Osaka Shosen Kaisha zugesellt.

A. K.

Sonstiges

Stand des Weltschiffbaues am 31. 3. 1920. (Vgl. „W.D.“ 1919, S. 184, 404, 619, 818.) Über den Umfang des in den verschiedenen Schiffbauländern der Welt am 31. 3. 20 im Bau befindlichen Schiffsraumes veröffentlicht Lloyd's Register folgende zahlenmäßige Angaben. Fahrzeuge mit einem Raumgehalt von weniger als 100 Br. R. T. sind unberücksichtigt geblieben:

I. Stand des Weltschiffbaues

Es waren in der Welt (außer Deutschland) im Bau:

	am 31. 3. 20	am 31. 12. 19
	Zahl Br. R. T.	Zahl Br. R. T.
Dampfer	2018 7 801 450	1946 7 650 949
Segler	187 140 500	192 210 414
Zusammen	2205 7 941 950	2138 7 861 363

Der am 31. 3. 20 im Bau befindliche Schiffsraum zeigt demnach gegenüber dem Stand vom 31. 12. 19 ein Mehr von 67 Schiffen und 80 587 Br. R. T., trotz des Rückgangs der Seglerneubauten.

II. Stand des englischen Schiffbaues

In Großbritannien waren im Bau:

	31. 3. 20	31. 12. 19
	Zahl Br. R. T.	Zahl Br. R. T.
Dampfer	814 3 379 731	722 2 980 938
Stählerne	7 1 401	5 1 700
Eisenbeton	4 1 799	7 2 502
Hölzerne und Komposit	825 3 382 931	734 2 985 140
Segler	35 8 451	14 3 388
Stählerne	4 2 854	8 5 571
Eisenbeton	1 189	1 150
Hölzerne und Komposit	40 11 494	23 9 109
Zusammen	865 3 394 425	757 2 994 249

Der Umfang des in Großbritannien auf Stapel liegenden Schiffsraumes hat also im Laufe des letzten Vierteljahres außerordentlich zugenommen. Es ist gegenüber dem Stand vom 31. 12. 19 ein Mehr von 108 Schiffen und 400 176 Br. R. T. festzustellen. Der Baubestand ist jetzt ungefähr 1 140 000 Br. R. T. größer als vor einem Jahr.

In dem mit dem 31. 3. 20 abgelaufenen Vierteljahr wurden vom Stapel gelassen:

	Zahl	Br. R. T.
Dampfer	123	451 236
Segler	8	3 053
Zusammen	131	454 294

Im vorhergehenden Vierteljahr gingen 153 Schiffe mit 459 354 Br. R. T. zu Wasser. Das tatsächliche Bauergebnis hat sich also wenig geändert. Neu begonnen wurden während des letzten Quartals 229 Schiffe mit 708 031 Br. R. T. gegen 168 Schiffe mit 603 632 Br. R. T. im vorhergehenden Quartal. Der Größe nach setzt sich die gegenwärtige Bautonnage wie folgt zusammen (die in Klammern beigefügten Zahlen sind die des vorhergehenden Vierteljahres):

Größenklassen in Br. R. T.	Dampfer	Segler
100 — 500	160 (141)	29 (15)
500 — 1 000	71 (76)	11 (8)
1 000 — 2 000	91 (68)	—
2 000 — 3 000	74 (63)	—
3 000 — 4 000	71 (61)	—
4 000 — 5 000	50 (40)	—
5 000 — 6 000	99 (112)	—
6 000 — 8 000	97 (77)	—
8 000 — 10 000	51 (41)	—
10 000 — 12 000	10 (9)	—
12 000 — 15 000	29 (24)	—
15 000 — 20 000	20 (18)	—
20 000 — 25 000	3 (4)	—
	825 (734)	40 (23)

III. Stand des außerenglischen Schiffbaues:

Ver. Staaten	Dampfer und Motorschiffe		Segler		Zusammen	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
Atlantische Küste.	277	1591127	19	11040	535	2573298
Golf Küste.	47	203393	5	9800		
Pazifische Küste.	95	506163	32	78400		
Große Seen	60	173375	—	—		
Brit. Kolonien						
Kanada, Gr. Seen.	17	41318	—	—	109	231259
Kanada, Küste.	42	122120	18	6185		
Andere Kolonien	28	59882	4	1754		
Belgien	7	25640	—	—	7	25640
Brasilien	3	5366	—	—	3	5366
China	10	35325	—	—	10	35325
Dänemark	62	114851	—	—	62	114851
Deutschland	?	?	?	?	?	?
Frankreich	60	238962	5	1263	65	240225
Griechenland	2	1500	—	—	2	1500
Holland	140	366257	1	324	141	366581
Italien mit Triest.	118	341741	47	13500	165	355241
Japan	68	285676	—	—	68	285676
Norwegen	66	89949	1	500	67	90449
Portugal	1	840	8	4370	9	5210
Schweden	67	116833	6	1720	73	118553
Spanien	23	98201	1	150	24	98351
Zusammen	1193 ¹⁾	4418519 ¹⁾	147 ²⁾	129006 ³⁾	1340	4547525

¹⁾ Darunter 16 Dampfer mit 34 908 Br. R. T. aus Eisenbeton

²⁾ „ 3 Segler „ 450 „ „ „

Der Umfang des auf außerenglischen Werften im Bau befindlichen Schiffsraumes stellte sich am 31. 3. 20 auf 1340 Schiffe mit 4 547 525 Br. R. T. Am Ende des vorhergehenden Quartals betrug er 1381 Schiffe mit 4 867 114 Br. R. T.; er hat demnach um ca. 319 600 Br. R. T. abgenommen. Dieser Rück-

gang ist vornehmlich auf die Verringerung der in den Vereinigten Staaten in Arbeit befindlichen Bautonnage zurückzuführen. Amerika hat gegenwärtig ca. 800 000 Br. R. T. weniger auf den Hellingen liegen als Großbritannien, trotzdem wird sein Bauergebnis auch im laufenden Jahre voraussichtlich beträchtlich über das englische hinausgehen, da es wesentlich schneller baut. Die italienischen Werften haben 41 000 Br. R. T. mehr in Arbeit als am Ende des vorhergehenden Quartals, auch Hollands Bautonnage ist um 38 000, Frankreichs um 23 000 Br. R. T. gewachsen.

Die durch den Krieg herbeigeführte Verschiebung im Welt-schiffbau wird ersichtlich, wenn man die jetzigen Anteile des englischen und außerenglischen Schiffbaus denen vom 31. 3. 14 gegenüberstellt. Es waren im Bau

	in Großbritannien	in der übrigen Welt
31. 3. 14	1 890 856 Br. R. T.	1 452 293 Br. R. T.
31. 3. 20	3 394 425 „	4 547 525 „

A. K.

Tankflotten der verschiedenen Länder. Das Bureau of Navigation der Vereinigten Staaten gibt folgende Übersicht über den gegenwärtigen Besitz der verschiedenen Länder an für den Öltransport geeigneten Schiffen:

	Dampfer		Segler		Zusammen	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
Großbritannien.	262	1 326 718	5	11 345	267 ¹⁾	1 338 063 ¹⁾
Ver. Staaten	221	1 223 254	73 ²⁾	105 369 ³⁾	294 ²⁾	1 328 623 ³⁾
Holland	30	83 532	6	5 982	36	89 514
Norwegen	14	68 331	—	—	14	68 331
Deutschland	10	37 561	1	728	11	38 289
Belgien	8	28 543	—	—	8	28 543
Italien	5	26 183	—	—	5	26 183
Frankreich	5	20 145	1	3 203	6	23 348
Rußland	6	13 805	—	—	6	13 805
Mexiko	3	11 199	1	1 342	4	12 541
Rumänien	1	3 051	—	—	1	3 051
Japan	2	2 607	—	—	2	2 607
Chile	—	—	1	2 583	1	2 583
Kuba	—	—	1	1 763	1	1 763
Dänemark	—	—	1	731	1	731
Zusammen	567	2 844 929	90	133 046	657	2 977 975

¹⁾ Nicht eingeschlossen sind 34 Tankschiffe der britischen Regierung mit 60 809 Br. R. T.

²⁾ Nicht eingeschlossen sind 14 Marine-Tankschiffe von 93 669 Br. R. T.

³⁾ Einschließlich 28 Leichter von 22 822 Br. R. T.

Danach würde die Welt-Tankflotte annähernd 3 Mill. Br. R. T. umfassen. Bei dem großen Umfang der gegenwärtig auf amerikanischen Werften in Bau befindlichen Tankdampfer-tonnage dürften die Vereinigten Staaten sehr bald über eine größere Tankflotte als Großbritannien verfügen. A. K.

Rohstoffe und Warenmärkte

Baumwolle

Die Herren Knoop & Fabarius berichten unter dem 16. 4.: „Immer klarer dringt die Erkenntnis in weiteste Kreise, daß die Weltversorgung für den kommenden Sommer den vorliegenden Bedürfnissen in vollem Umfange nicht gerecht werden kann, besonders was gute Spinnbaumwolle anbelangt.

So ist es denn nicht nur kein Wunder, daß der Süden seine Forderungen fast ununterbrochen erhöht und sich durch zeitweilige Abschwächungen in den Terminmärkten in keiner Weise beeinflussen läßt. Es kommt hinzu, daß England für alle Klassen über middling, sofern sie nur irgendwie einen Stapel von voll 28 mm aufweisen, hohe Preise zahlt und für 28/29 mm Prämie bis zu 2 s bewilligt. Das sind trübe Aussichten für unsere deutsche Industrie, die allem Anscheine nach nur für kurze Zeit gedeckt ist und bis zur Ankunft der neuen Ernte noch große Einkäufe wird vornehmen müssen.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika verschärft die Lage wesentlich soweit die Interessen der außeramerikanischen Industrie in Betracht kommen, denn eine Stockung in der Beförderung muß natürlich die Ausfuhr sehr ungünstig beeinflussen. Man erkennt diesen Einfluß heute schon in den sprunghaften

Preiserhöhungen Newyorks, dessen Vorrat ein sehr geringer ist, — waren doch Anfang dieses Monats nur ca. 1500 Ballen certificated Stock in diesem Markte!

In Verbindung hiermit können wir in bezug auf die Gesamtversorgung Amerikas noch folgende Ziffern (Ballen) unterbreiten:

	1919/20	1918/19
Vorrat am 1. 8.	4 286 785	3 450 188
Einfuhr bis Ende Februar	432 740	76 077
Ernte (angenommen)	11 000 000	11 906 480
Gesamtversorgung	15 719 525	15 432 745
Verbrauch 7 Monate	3 659 795	3 383 984
Ausfuhr 7 Monate	4 410 061	3 021 152
Vorrat in den Ver. Staaten am 1. 3.	7 649 669	9 027 609

Danach stellt sich der amerikanische Verbrauch bis Ende Februar um rund 8%, die Ausfuhr um rund 46% höher als im vergangenen Jahre, und wenn diese Prozentsätze weiterhin erreicht werden, würden rund 6 300 000 Ballen aus Amerika verschwinden und Ende Juli nur noch 1,3 Mill. Ballen drüben bleiben, also nicht einmal ganz der Vorrat, den im Jahr zuvor die Spinnereien selbst auf Lager hatten!

Im übrigen ist die erwähnte Streiklage auch für die Ent-

wicklung der neuen Ernte von großer Bedeutung; denn wenn Düngemittel und die für die Bestellung sonst nötigen Artikel nicht überallhin ohne Störung befördert werden können, dürften die Verhältnisse für die neue Ernte geradezu kritisch werden. Versagt aber die neue Ernte, wenn auch nur in engen Grenzen, gehen wir furchtbaren Zeiten entgegen.

Wie die Dinge heute liegen, und wie die für die fernere Entwicklung bestimmenden Faktoren sich darstellen, kann man nur zu dem einen Schlusse kommen, daß ernste Gefahren der Versorgung unserer Textilindustrie für die nächsten Monate drohen, Gefahren, deren Größe — wie wir fürchten — einstweilen noch von vielen Kreisen unterschätzt wird.“

Jute

Herr Carl Trapp schreibt uns: „Die Rohjutepreise verfolgten seit dem letzten Bericht (vgl. W.-D. Nr. 12/13), infolge des stetig fallenden Rupie- und Silberkurses, weiter eine rückläufige Tendenz. Das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen und beschränkte sich auf Deckung unmittelbaren Bedarfs, so daß die Preise fast nominell zu bezeichnen waren. Erste Marken alter Ernte notierten Mitte März 64 £ auf Abladung cif Dundee und werden jetzt zu 56 £ angeboten. Nach indischen Berichten soll sehr viel Rohmaterial dort im Inland zurückgehalten werden, so daß ein beträchtliches Quantum der alten Ernte in die neue Saison hinübergenommen werden wird. Sollte sich dieses bewahrheiten, so werden diese Vorräte ein Gegengewicht gegen eine Überspekulation bieten, denn die letzten Calcuttaposten berichten, daß für die kommende Saison die Juteaussaat eingeschränkt und an Stelle dieser mehr Reis angebaut werden soll, und zwar infolge der enormen Steigerung der Reispreise, die sich fast auf das Doppelte belaufen als im Vorjahr. Außerdem fördert die indische Regierung in jeder Weise Anpflanzung und Aussaat von Nahrungsmitteln. Die Produktionskosten für Jute sind durch die enorm gestiegenen Löhne der Arbeiter in Indien bedeutend höher geworden, während vor dem Kriege der Arbeitslohn für das Kösten der Jute etwa 6 Annas pro Tag betrug, wird jetzt 1—1,4 Rp bezahlt.

In Übereinstimmung mit dem Rohjute Markt waren auch Garne und Gewebe ruhig; die Preise für Garne konnten sich jedoch für prompte Lieferung bei geringen Umsätzen noch befestigen, während Gewebepreise infolge mangelnder Geschäfte fast nominell waren. Nur Linoleum-Hessians blieben weiter gefragt und konnten sogar noch eine Preiserhöhung erzielen. In den letzten Tagen ist jedoch auf der ganzen Linie auf Grund festerer Calcuttaberichte eine bemerkenswerte Besserung eingetreten, so daß der Markt jetzt als fester zu bezeichnen ist.

Die erste Lieferung von Calcuttagarnen nach England ist jetzt eingegangen, zeigt aber eine ziemlich ordinäre Qualität und ist nur für die Herstellung von gewöhnlichen Hessians brauchbar. Es scheint daraus hervorzugehen, daß Dundee von einer Konkurrenz in Calcuttagarnen zunächst nichts zu befürchten hat, obgleich die Preise bedeutend billiger sind.

Calcuttaware war in den letzten Wochen wieder beträchtlichen Preisschwankungen unterworfen. Das Einsetzen der Sechsstunden-Arbeitswoche am 1. April und die allgemeine Geschäftslosigkeit veranlaßten die Spekulation zu immer billigeren Angeboten, um den Markt zu drücken, bis die Quotierungen schließlich auf ca. 58 s — für 10 oz angelangt waren; bei der ersten Nachfrage mußten dann aber, um zum Geschäft zu kommen, ca. 72 s — angelegt werden.

Auch der New York-Markt ist noch immer sehr ruhig und nur dringende Aufträge in Calcuttaburlaps wurden plazierte. Auch hierfür zeigten die Preise eine fallende Tendenz.

Von Interesse dürfte noch sein, daß auch in Indien in den Fabriken sich eine Kohlennot fühlbar macht, hervorgerufen durch Waggonmangel, so daß es fraglich erscheint, ob die sechstägige Arbeitszeit auch durchgeführt werden kann.

In Dundee wurde die 48-Stundenwoche Ende März eingeführt.

Die Preisbewegungen der letzten sechs Wochen gestalteten sich wie folgt:

	Rohjute, erste Marken a/Abldg. cif Dundee in £	1 Ballen fob Calcutta in Rnp.	S 6 Cope i/Dundee pr. spindle in s. u. d	Hessians 40 " 10 1/2 oz i/Dundee in d
10. 3.....	63	74	10/6	11 ² / ₈
17. 3.....	62	74	10/6	11 ² / ₈
24. 3.....	60	72	10/6	11 ² / ₈
31. 3.....	56	70	10/9	11 ¹² / ₈
7. 4.....	56	70	10/9	11 ⁶ / ₈
14. 4.....	57	70	11/—	11 ⁶ / ₈

	Linoleum Hess. Basis 40" 10 oz in d	Calcutta Hess. 40" 10 oz cif Dundee in s. u. d	Calcutta Hess. 40" 10 oz loko New York in cts	Indischer Wechselkurs
10. 3.....	13 ³⁰ / ₄₈	65/0	16,50	2/8
17. 3.....	14 ⁸ / ₄₈	60/0	16,—	2/6
24. 3.....	14 ⁸ / ₄₈	63/0	15,50	2/4 ³ / ₈
31. 3.....	14 ²¹ / ₄₈	58/9	14,50	2/4
7. 4.....	14 ²¹ / ₄₈	58/9	14,25	2/4 ¹ / ₂
14. 4.....	14 ²¹ / ₄₈	72/3	14,50	2/4 ¹ / ₂

Über Vorschläge zur Verbesserung der Jutekultur in Indien wurde auf der letzten Jahresversammlung der „Jute Mills Association“ in Calcutta verhandelt. Man will auf Versuchsfarmen von 300 acres Saatgut zum Verkauf an die Pflanzer und Bauern züchten und hofft dadurch sowohl die Erträge der Äcker als auch die Beschaffenheit der Faser zu verbessern. Versuche mit einer neuen Art, Kakaya Bombai, sollen sehr vielversprechend ausgefallen sein.“

Kapok

Von Herrn Direktor Cantzler erhielten wir folgenden Marktbericht: „Kapok“ gehört zu den Rohstoffen, deren Einfuhr vom Ausland zurzeit ohne besondere Erlaubnis bewirkt werden kann. In letzter Zeit haben sich namentlich auch französische Firmen teils direkt, teils über ihre Schweizer Häuser um die Einfuhr von Kapok aus den französischen Kolonien eifrig bemüht. Das von Saigon kommende Rohmaterial ist gut, nur zu wenig sachgemäß aufbereitet. Die Verschiffungen werden ab Marseille via Antwerpen-Hamburg vorgeschlagen; der Preis stellt sich auf ungefähr 8 fr je kg loko Hamburg. Auch von England liegen kleinere Angebote von britisch-indischem Kapok über Hamburger Häuser vor. Vor allem aber bietet Amerika größtenteils schon aufbereitetes Material über New York an und zwar etwa zum Preise von 38 cts je lb cif New York. Auch Exportfirmen südamerikanischer Staaten bemustern jetzt vielfach Rohkapok; größtenteils allerdings zu Preisen, die auch nicht annähernd gezahlt werden können. Die vorangegangene Ernte, die überall hereingebracht und größtenteils wohl auch schon versandt wurde, darf fast durchschnittlich als eine gute Mittelernte angesehen werden. Auch in Niederländisch-Indien ist man zufrieden gewesen und es liegen Meldungen von umfangreichen Neuanlagen in Kapokplantagen vor. Der Preis für Rohware auf dem Amsterdamer Markt beträgt heute etwa 80 cts je ½ kg. Die Gesundung des deutschen Marktes hängt natürlich innig mit der hoffentlich weiter ansteigenden Verbesserung des deutschen Marktes zusammen.“

Neueingänge

Einzusehen im Lesezimmer, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8—4 Uhr

Allgemeines

„Die deutschen Schifffahrtsgesellschaften.“
Bearb. von L. Fenchel. Hamburg: Nordische Bank- und Handelskommandite Sick & Co. 1920. LXXIV, 232 S. und zahlreiche Tabellen und Statistik.

Ein vorzügliches Werk, das die doppelte Aufgabe verfolgt, einerseits dem Historiker und Volkswirt die Entwicklungsgeschichte und die Bedeutung der deutschen Schifffahrt vor Augen zu führen, andererseits dem Kapitalanlage suchenden Publikum Daten zur Beurteilung der Werte an die Hand zu geben. Daher folgt auf eine all-

- gemeine Darstellung eine Einzelschilderung der deutschen Schiffahrtsgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung ihrer finanziellen Position. Das im 2. Teil gegebene Material erläutert und ergänzt die Darstellungen des ersten, so daß das Buch in vorbildlicher Weise seinen Aufgaben gerecht wird.
- „Valuta und Staatsbankrott als soziales Problem.“ Von Alexander Ringleb. Leipzig: Koehler 1920. 77 S. (Grundbegriffe der Politik. H. 2.)
- „Kritik der dreifachen Revolution.“ Apologie. Von Walther Rathenau. Berlin: Fischer 1919. 125 S. 2,25 M.
- „Autonome Wirtschaft.“ Von Walther Rathenau. Jena: Diederichs 1919. 29 S. (Deutsche Gemeinwirtschaft. Heft 16.) 1,50 M.
- „Planwirtschaft.“ Von Georg Gothein. Berlin: Mosse (1919). 38 S. (Flugschriften des Berl. Tagebl. H. 6.) 1,— M.
- „Richtlinien einer internationalen Wirtschaftspolitik.“ Von Béla Parlagi. Wien; Leipzig: Anzengruber-Verl. 1918. 79 S.
- „Arten und Stufen der Sozialisierung.“ Ein Gutachten von Franz Eulenburg. München und Leipzig: Duncker & Humblot 1920. 48 S.
- Das für die Tagung des Vereins für Sozialpolitik ausgearbeitete Gutachten bringt endlich einmal eine wissenschaftliche Sachliche Beurteilung der jetzt so viel beschätzten und bekrittelten Probleme. Es gehört zu den wenigen Büchern auf diesem Gebiete, die von bleibendem Wert sein dürften.
- „Rathenau, Goldscheid, Popper-Lynkeus und ihre Systeme, zusammengefaßt zu einem Wirtschaftsprogramm.“ 2. Aufl. Von Richard Schwarz. Wien: Anzengruber-Verlag. 1919. 98 S.
- „Steuersystem und Leistungsfähigkeit.“ Von Heinr. Ziegler. Lüneburg 1919: König. 71 S. Greifswald, Jur. Diss.
- „Die volkswirtschaftliche Wirkung materieller Vermögenssteuern.“ Ein Beitrag zur Neuordnung unserer Finanzwirtschaft. Von Albert Koch. Berlin: Vahlen 1919. 44 S. 2,— M.
- Die Besteuerung des Vermögensstammes wird allgemein und im Zusammenhang mit dem Reichsnotopfer untersucht.
- „Englische und preußische Steuerveranlagung.“ Ein Vergleich des englischen mit dem preußischen System der Einkommenbesteuerung. „Quellenprinzip contra Empfängerprinzip“, München und Leipzig: Duncker & Humblot, 1919. (Schriften d. Vereins f. Sozialpol. Bd. 157, T. 2.) geh. 4,50 M.
- Der Bonner Ordinarius kommt, gestützt auf zahlreiche Autoritäten, zu dem Schluß, daß wegen der Gefahr des Steuerbetruges trotz aller etwaiger Bedenken dem Prinzip der englischen Einkommenerfassung (Quellenprinzip) der Vorzug vor dem preußischen gebührt. Eine Veranlagungsreform in diesem Sinne sei dringlichste Notwendigkeit. Trotz aller Sorgfalt, die auf die Studie verwandt ist, trotz der Überzeugungskraft der Argumente läßt das Werk etwas an der bei dem Autor sonst bekannten Gründlichkeit fehlen. So werden Quellen fast nur aus zweiter Hand zitiert. Indessen bürgt der Name Dietzels dafür, daß dadurch Irrtümer nicht in Frage kommen.
- „Annuaire international de statistique“ publié par l'Office permanent de l'Institut International de Statistique. La Haye: Stockum & Fils. 2. Mouvement de la population (Europe). 1917. 3. Etat de la population (Amérique). 1919.
- „Industriepolitik“ von Josef Gruntzel. 2. verb. Aufl. Wien und Leipzig: Hölder, 1919. 165 S. (Gruntzel, J.: Grundriß der Wirtschaftspolitik. Bd. 3.)
- Es ist aufs freudigste zu begrüßen, daß das altbekannte Lehrbuch in 2. Auflage vorliegt.
- „Die Ausfuhrprämien und ihre handelspolitische Bedeutung.“ Von Virgiliu M. Bunescu. Halle 1915: John. 78 S. Leipzig, Phil. Diss.
- Stellt das Wichtigste übersichtlich und sachlich zusammen und dürfte sowohl dem praktischen wie dem theoretischen Volkswirt Material für seine Arbeiten und Anregung zu weiterer Forschung geben.
- „Internationaler Zahlungsverkehr und Wechselkurse von F. Schmidt. Leipzig: Gloeckner 1919. X, 406 S. (Der Zahlungsverkehr. Bd. 2.)
- Das vorliegende Lehrbuch wendet sich an Laien, ist aber streng wissenschaftlich und sachlich. Das Fehlen fast aller Belege aus dem praktischen Leben in den ersten 339 Seiten gibt ihm etwas Blutleeres, was die Lektüre außerordentlich erschwert, umso mehr, als eine Menge neuer Bezeichnungen (z. B. Dreieckskurse, Gegenkurse) nicht immer zur Erleichterung des Verständnisses beitragen dürfte. Ob man sich von Skizzen, wie die S. 164, viel versprechen kann, sei dahingestellt. Der Versuch, zur Lösung des Papiergeldstreits die privatwirtschaftlichen Grundlagen heranzuziehen, ist neu in seiner Art und als ein Fortschritt für die Wissenschaft aufs freudigste zu begrüßen, wie überhaupt das Buch vom rein wissenschaftlichen Stand schwer zu überschätzen sein dürfte. Pt.
- „Die Banken und der Wiederaufbau der Volkswirtschaft.“ Von Fritz Georg Steiner. Wien; Leipzig: Manz 1920. 93 S. 3,— M.
- „Der Stand der Gesetzgebung über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den wichtigsten Kulturländern bei Kriegsausbruch.“ 1914. Von Ludwig Waldecker. München und Leipzig: Duncker & Humblot 1919. 162 S. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 151). Geh. 7,— M.
- Der Verfasser gibt eine Übersicht der rechtlichen Behandlung der Genossenschaft in den wichtigsten Kulturländern, die es ermöglicht, sich über die wichtigsten Bestimmungen der einzelnen Sonderrechte rasch zu informieren. W.
- „Die Überspannung des Wucherbegriffes.“ Eine Kritik der reichsgerichtlichen Rechtsprechung; zugleich eine Entgegnung auf die Schrift des stellvertretenden Vorsitzenden des Sächsischen Kriegswucheramts G. Obst: „Was ist Kriegswucher und wie bekämpfen wir ihn?“ Von Benvenuto Samson. Hrsg. v. Verband Sächs. Industrieller. Leipzig: Gloeckner (um 1919). 36 S.
- „Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung.“ »The principles of scientific management.« Deutsche autorisierte Ausgabe von Rudolf Roessler. Von Frederick Winslow Taylor. München und Berlin: Oldenburg 1919. XXIX, 156 S. Geh. 6,40 M, geb. 8,— M.
- Das Taylorsystem besteht, kurz gesagt, in einem wissenschaftlichen Studium jeder einzelnen Arbeit, jedes Handgriffes, jeder Bewegung, so unbedeutend sie auch sein mag, in der Erziehung der Arbeiter zur Anwendung der neuen Methode, so daß ihre Arbeitskraft voll ausgenutzt wird, ohne sie zu überanstrengen. Ein ebenso lehrreiches wie interessantes und anregendes Buch.
- „Buchführung, Kalkulation und Steuerberechnung für Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende.“ Leichtfaßliche Anleitung, eine von Steuerbehörden empfohlene, arbeitsparende Buchführung. Mit Übungsaufgaben, Lösungen. Von Hugo Meyerheim. Berlin: Handelspraktischer Verl. 1920. 54 S.
- „Die Industrie-Obligationen“ von Otto Seeling. Berlin: Ebering, 1920. VIII, 173 S. (Betriebs- u. finanzwirtschaftl. Forschungen. H. 1).
- „Der Firt.“ Sozialistisches Rundschau über das polit., wirtschaftl. u. kulturelle Leben. 1. Jahrgang. Halbmonatlich. Berlin W. 57.
- Sympathisches Unternehmen der Material-Sozialisten um Leusch herum. Versuch wirklich selbständig zu sein. Bezeichnend für ehrliches Wollen mit recht unzureichenden Mitteln. Etwas weniger Marx und etwas mehr eigenes Urteil und Geist würden mehr bieten können. H. v. E.
- „Industrie und Technik.“ Monatsschrift hrsg. vom Verein Deutscher Ingenieure, Verein Deutscher Eisenhüttenleute, Verband Deutscher Elektrotechniker. Auslandsverlag. 1. Jahrg. 1920. 36,— M Jahresabonnement.
- Das Blatt erscheint auf englisch („Engineering Progress“), auf spanisch („El Progreso de la Ingenieria“). Der Zweck der Zeitschrift ist die Wiedererschließung der Auslandsmärkte für die deutsche Industrie und die Wiedereinführung ihrer Produkte auf demselben.